

Hochschulen

A person is holding a large, rectangular sign with handwritten text in black marker. The text reads 'Wissenschaft geht nur ohne Markt'. The person is wearing a grey beanie, a white face mask, and a dark jacket. The background shows a cobblestone street with other people and buildings.

Hochschulen

- 3 **Hochschulreform in Bayern:
Ein Gesetz, das niemand (mehr) will?**
von Christiane Fuchs
- 5 **50 Jahre BAföG – Talfahrt stoppen, Lücken schließen,
Reform anpacken**
von Natalie Schäfer
- 7 **Keine Ausnahme mehr!**
Studentische Beschäftigte kämpfen um Tarifvertrag
von Ann-Kathrin Hoffmann
- 9 **Widerstand gegen prekäre Arbeitsbedingungen
in der Wissenschaft**
von Dr. Amrei Bahr, PD Dr. Kristin Eichhorn und Dr. Sebastian Kubon
- 11 **Forschen für die Rangordnung**
Neofeudalismus an den deutschen Hochschulen
von Prof. Tilman Reitz
- 13 **Mekelle University in Äthiopien**
Zwischen Krieg und internationalen Kooperationen
von Dr. Wolbert Smidt

Was es sonst noch gibt

- 15 **Bayerische GEW-Forderungen zur Tarifrunde der Länder 2021 stehen:
Mehr Geld und mehr Zeit**
von Friedrich Sendelbeck und Anton Salzbrunn
- 16 **Berichte**
- GEW und Bündnis »Superreiche zur Kasse«: Aktionstag am 17. Juli
 - Nein zum Polizeiaufgabengesetz 2.0
 - Feministische Zeitpolitik: Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten
 - Frank Deppe: Es braucht mehr sozialistische Tendenzen
 - GEW Bayern warnt vor starken Einschnitten in der Bildungsqualität
- 19 **Gratulation und viel Erfolg in den Gremien**
von Dorothea Weniger
- Leser*innenbriefe**
- 20 **Nachrufe**
- Die GEW Bayern trauert um den langjährigen bayerischen DGB-Vorsitzenden Matthias Jena
 - Wir trauern um Eberhard Rauch
 - »Lehrer, Grantler, liebender Vater« – Joachim Mößner zum Abschied

Rubriken

- 23 **Geburtstage und Jubiläen**
- 24 **Kontakte**

Liebe Kolleg*innen,

wegen der dynamischen Situation hinsichtlich des Infektionsschutzes und ihrer Auswirkungen können gba-Seminare im Moment leider nur mit wenig Vorlauf und per E-Mail an GEW-Mitglieder ausgeschrieben werden. Bitte achtet deshalb bei Interesse darauf, dass der Mitgliederverwaltung eure aktuelle Adresse vorliegt, und teilt diese doch im Zweifelsfall gerne nochmals mit: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de

GEW Bayern

Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder derzeit nur nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte E-Mail senden: rechtsstelle@gew-bayern.de
Tel.: 089 544081-14

Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de. Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

»Hört auf die Wissenschaft!« – das ist eine der zentralen Forderungen der »Fridays for Future«-Bewegung seit Jahren. Demgegenüber steht eine Wissenschaftsfeindlichkeit, die u. a. den menschengemachten Klimawandel leugnet. Allen voran tut sich hier die rechtsextreme AfD hervor. Politiker*innen anderer Parteien verlegen sich darauf, Ziele zu verhandeln, von denen sie bereits bei ihrer Unterzeichnung wissen, dass sie sie nicht einhalten werden. Denn es läge an ihnen, aus wissenschaftlichen Erkenntnissen politische Konsequenzen zu ziehen, entsprechende Gesetze zu verfassen und für deren Umsetzung – ohne Parteien-Lobby-Verschrankungen – zu sorgen.

2019 warnten mehr als 11.000 Wissenschaftler*innen aus 153 Ländern »vor unermesslichem Leid«. Sie riefen den Klimanotstand aus und forderten einen transformativen Wandel. Doch die Transformation blieb bisher aus. Deshalb geht nun seit dem 28. Juli 2021 wieder ein Dokument um die Welt, überschrieben mit einer erneuten »Warnung der Weltwissenschaftler vor einem Klimanotstand 2021« (World Scientists' Warning of a Climate Emergency 2021; academic.oup.com). Weitere 2.800 Wissenschaftler*innen schlossen sich dieser zweiten Auflage an. Anlass für die Veröffentlichung ist der »beispiellose Anstieg klimabedingter Katastrophen. ... Es gibt auch immer mehr Hinweise darauf, dass wir uns Kippunkten nähern oder diese bereits überschritten haben, die mit kritischen Teilen des Erdsystems verbunden sind.« »Kippunkte« heißt konkret: Die Elemente des Erdsystems, die durch den menschengemachten Klimawandel destabilisiert werden, verändern sich, wenn sie einen bestimmten Grenzwert überschreiten, unumkehrbar. Deshalb fordern die Wissenschaftler*innen erneut, »massive Klimaschutzmaßnahmen« zu ergreifen.

Zum 24. September mobilisiert nun »Fridays for Future« wieder für einen globalen Klimastreik. Die GEW Bayern schließt sich dem Aufruf #AlleFürsKlima an und fordert auch ihre Mit-



glieder dazu auf, auf die Straße zu gehen. Wo dies möglich ist, erfahrt ihr hier: fridaysforfuture.de

Zum weiteren Zeitplan: Am 26. September ist Bundestagswahl.

Dorothea Weniger

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810

E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)

Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Neumarkter Str. 22, 81673 München

E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Kilian Gremminger, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Hochschulreform in Bayern:

Ein Gesetz, das niemand (mehr) will?



Nach mehrfachen Verschiebungen wurde Mitte Mai 2021 endlich der Gesetzesentwurf¹ zum Hochschulinnovationsgesetz (HIG) veröffentlicht – der Kritik am Reformvorhaben tat dies jedoch keinen Abbruch. Abgesehen von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), welche die Förderung von »Unternehmertum und Unternehmergeist« im neuen HIG lobte, waren die ersten Reaktionen aufseiten der Hochschul- und Studierendenvertreter*innen wie der Gewerkschaften zurückhaltend bis ablehnend.²

Wer die zweitägige Anhörung der Sachverständigen im Wissenschaftsausschuss des Bayerischen Landtags Mitte Juni verfolgte, war erstaunt, wie heftig und breit die Kritik – insbesondere für bayerische Verhältnisse – am Gesetzesentwurf ausfiel.³ Bereits der Umstand, dass die auf zwei Tage angelegte Ausschusssitzung die bislang längste Anhörung von Expert*innen in der Geschichte des Bayerischen Landtags war, zeigt, wie umstritten die Gesetzesnovelle ist. Mit einer für bayerische Unipräsident*innen ungewöhnlichen

Deutlichkeit kritisierte die Vorsitzende von »Universität Bayern e. V.« (ein Zusammenschluss aller bayerischen Universitäten bzw. deren Präsident*innen) den vorgelegten Entwurf zum neuen Hochschulinnovationsgesetz und forderte zentrale Nachbesserungen ein. Nicht einmal die Sachverständigen Wolfgang A. Hermann (em. Präsident der TU München), Thomas F. Hofmann (Präsident der TU München) und Walter Schober (Präsident der TH Ingolstadt), die aufseiten der Hochschulen eigentlich als Treiber der Reform gelten, konnten sich für den Gesetzesentwurf begeistern – freilich aus gänzlich anderen Gründen als die Verfechter*innen einer stärkeren Demokratisierung der Hochschulen. Die drei plädierten für eine noch weitergehende »Entfesselung« der Hochschulen und ließen sich darin auch nicht von Hinweisen auf verfassungsrechtliche Schranken bremsen.

Die Kunst- und Musikhochschulen, die seit Bekanntwerden des Eckpunktepapiers mit Protestnoten und Ähnlichem gegenüber dem Wissenschaftsministerium und der hochschulpolitischen Öffentlichkeit moniert hatten, dass den Besonderheiten ihrer

Hochschulform in keiner Weise Rechnung getragen wird und – mehr noch – die Reform mit ihrer Fixierung auf ökonomischen Transfer die musisch-künstlerischen Disziplinen nachhaltig schädigen könnte, wurden zur Anhörung erst gar nicht eingeladen (in der ersten Anhörung zur Hochschulreform im Oktober 2020 waren sie immerhin noch mit einem Sachverständigen vertreten). Stattdessen sollten ihre Bedenken in einem gesonderten Termin mit Robert Brannekämper (CSU, Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses) fernab der Öffentlichkeit besänftigt werden – offenbar mit wenig Erfolg: Vertreter*innen der bayerischen Kunstakademien feilen derweil gemeinsam mit Angehörigen sogenannter »kleiner Fächer« an einer weiteren kritischen Stellungnahme zum Hochschulinnovationsgesetz.

Gesetzesentwurf zielt auf neue Strukturen

Ein Blick in den Gesetzesentwurf zeigt, dass die Befürchtungen der Reformkritiker*innen trotz ausdauernder Beschwichtigungsversuche des

Wissenschaftsministeriums größten teils berechtigt waren.⁴ Zwar verbleibt die Dienstherrnenschaft nun doch weiterhin beim Freistaat.⁵ Und auch die ursprünglich als Regelfall vorgesehene Umwandlung der Hochschulen in reine Körperschaften des öffentlichen Rechts und ihre Ausstattung mit Globalhaushalten ist nur noch optional vorgesehen. Die Grundintention der Reform – nämlich die stärkere ökonomische Verwertbarkeit von Forschung – bleibt indes erhalten. Unternehmerische Tätigkeiten von Wissenschaftler*innen und Ausgründungen an den Hochschulen sollen demnächst mithilfe eines Bündels an Maßnahmen erleichtert werden. In puncto akademischer Selbstverwaltung und interner Governance macht Bayern nochmal eine kräftige Rolle rückwärts: Gesetzlich vorgegeben sind im HIG nur noch Hochschulleitungen (mit erweiterten Befugnissen), Senate (mit sehr eingeschränkten Kompetenzen) und Hochschulräte. Die übrige Organisationsstruktur sollen Hochschulen ebenso wie die konkrete Gremienzusammensetzung künftig eigenmächtig über ihre Grundordnungen regeln.

Die einzige konkrete Vorgabe zur Gremienstruktur ist die Gewährleistung der Mehrheit der Professor*innen in allen Belangen. Eine stärkere Beteiligung der weiteren Statusgruppen an der Selbstverwaltung, wie sie beispielsweise Thüringen mit der Viertelparität praktiziert, ist somit ausgeschlossen. Auch im Umgang mit Studierendenvertretungen bleibt Bayern bei seinem Sonderweg und verweigert den Student*innen im Freistaat auch weiterhin die Verfasste Studierendenenschaft mit Finanzhoheit und Satzungsautonomie. Stattdessen soll – analog zum ebenso zahnlosen bayerischen Landeschüler*innenrat – ein Landesstudierendenrat eingeführt werden, welcher für die landesweite Studierendenvertretung im Vergleich zum Status quo keinerlei Kompetenzzuwachs mit sich bringt.

Einzig im Bereich der Frauenförderung lässt sich eine positive Entwicklung feststellen: So müssen Hochschulen künftig Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils für alle Qualifikationsstufen auf Grundlage des Kaskadenmodells bestimmen.

Zu einer aktiven Bekämpfung des Befristungsunwesens konnte sich der Gesetzgeber dagegen nicht durchrin-

gen. Statt verbindliche Qualifizierungstatbestände, alternative Personalmodelle oder Maximalbefristungsquoten einzuführen, sind Hochschulen künftig verpflichtet, Karrierezentren zur Beratung befristeter beschäftigter Wissenschaftler*innen einzurichten. Dieses (vermeintliche) Novum erweist sich als reine Kosmetik – nicht nur, weil an vielen Unis solche Zentren bereits seit längerem bestehen, sondern auch, weil sie faktisch nichts an der ausufernden Befristungspraxis ändern werden. Ähnliches gilt für die Gruppe des wissenschaftsstützenden (vormals »nicht wissenschaftlichen«) Personals, das künftig in einem neu eingeführten Artikel gesonderte Erwähnung findet. Solange der Freistaat als Gesetz- und Arbeitgeber aber keine konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen seiner Beschäftigten ergreift, verbleibt auch diese Neuerung auf der Ebene symbolischer Anerkennung.

Bildungsgebühren durch die Hintertür?

Die Bereiche Studium und Lehre haben im HIG – wie bereits zuvor im Eckpunktepapier – einen relativ geringen Stellenwert. Wesentliche Veränderungen gibt es vor allem in Bezug auf Bildungsgebühren: Die Gebührentatbestände wurden erweitert, sodass Hochschulen in Zukunft für extracurriculare Angebote leichter Gebühren einfordern können. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass Bayerns Fokus auf »unternehmerische Hochschulen« in Zeiten chronisch unterfinanzierter Hochschulen zu einer weiteren Verschlechterung der Studien- und Lehrbedingungen führt.

Hinweis auf eine ausführliche Rezension zum DDS-Schwerpunkt:

Prekarität als Normalzustand

Per Holderberg und Christian Seipel legen mit ihrem im Frühjahr erschienenen Sammelband sozusagen das Begleitbuch zur #IchbinHanna-Debatte vor. In 14 Artikeln warten die Autor*innen des Bandes mit vielschichtigen Analysen zur prekären Situation des Wissenschaftssystems im Allgemeinen und des wissenschaftlichen Mittelbaus im Besonderen auf. Für Wissenschaftspolitiker*innen, Personalverantwortliche an Hochschulen und all jene, welche darüber hinaus prekäre Beschäftigung in der Wissenschaft zu verantworten haben, sollte der Sammelband Pflichtlektüre sein.

von Christiane Fuchs

Die ausführliche Rezension zu diesem lesenswerten Buch findet ihr auf: gew-bayern.de/wissenschaft

P. Holderberg/Ch. Seipel (Hg.): Der wissenschaftliche Mittelbau – Arbeit, Hochschule, Demokratie. Weinheim 2021, 357 Seiten, 19,95 EUR, ISBN 978-3-7799-6262-5

Wie geht es weiter?

Nach der Sommerpause des Bayerischen Landtags soll der umstrittene Gesetzesentwurf in die erste Lesung gehen. Einer parlamentarischen Mehrheit kann sich die schwarz-orange Koalition trotz aller Kritik am HIG sicher sein. In Kraft treten wird das Hochschulinnovationsgesetz dann frühestens zum Sommersemester 2022. Für die Hochschulen fängt der eigentliche Reformprozess dann aber erst an.



von Christiane Fuchs

politische Geschäftsführerin
des BdWi
Mitglied im Landesvorstand
der GEW Bayern

Dieser Artikel ist eine gekürzte und leicht veränderte Fassung des Artikels »Deutschland zögert, Bayern handelt?«. Ein kritischer Blick auf Bayerns Hochschulreform, der in Forum Wissenschaft 3/2021 erscheint.

Ein besonderer Dank gilt Eduard Meusel, dem Vorsitzenden der GEW-Landesfachgruppe Hochschule und Forschung, der mir stets mit hilfreichen Hinweisen zu den Hintergründen der Hochschulreform zur Verfügung stand.

1 Der Gesetzesentwurf kann hier eingesehen werden: stmwk.bayern.de/wissenschaftler/hochschulen/hochschulrechtsreform.html

2 Vgl. Buchwald, Sabine/Glas, Andreas/Weinmann, Lea: Der Jubel für den Entwurf des neuen Hochschulgesetzes bleibt aus; sueddeutsche.de v. 20.5.2021

3 Einen – wenn auch geglätteten – Eindruck von der ablehnenden Haltung der Sachverständigen liefert der Kurzbericht »Sachverständige nehmen Stellung zum geplanten Hochschulinnovationsgesetz. Zweitägige Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst« auf der Homepage des Bayerischen Landtags: www.bayern.landtag.de

4 Die ausführliche Stellungnahme der GEW Bayern zum HIG kann hier nachgelesen werden: gew-bayern.de/BayHIG

5 Ursprünglich war eine Übertragung der Dienstherrnenschaft auf die Einzelhochschulen geplant – mit weitreichenden Folgen für die Beschäftigten hinsichtlich Tarifbindung, Personalvertretungsstrukturen und einer Ausweitung der Befristungsmöglichkeiten.



Foto: IMAGO / snapshot

50 Jahre BAföG – Talfahrt stoppen, Lücken schließen, Reform anpacken

Das BAföG trat vor 50 Jahren in Kraft, um eine Ausbildungsfinanzierung zu schaffen, die Chancengleichheit im Bildungswesen ermöglicht. Doch das BAföG hält immer weniger sein Versprechen: Heute ist es zu niedrig, es führt zu Verschuldung, es erreicht zu wenige Menschen, und hier insbesondere nicht die, die es am dringendsten bräuchten. Um diesem Missstand zu begegnen, gründete sich ein Bündnis, das das Thema BAföG in den politischen Diskurs rücken möchte. Es fordert eine radikale Reform!

Das BAföG wird 50! Das Bundesausbildungsförderungsgesetz – kurz BAföG – trat 1971 in der BRD in Kraft und löste damit sein Vorgängermodell ab. Erklärtes Ziel in seiner damaligen Form war, Schüler*innen und Studierenden aus einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten über einen Vollzu-

schuss während ihrer Ausbildung unter die Arme zu greifen. Der damit verbundene Rechtsanspruch schlug sich auch in den Quoten der Bezieher*innen nieder: Vor 50 Jahren bezogen noch 44,6 Prozent aller Student*innen BAföG – jede zweite eingeschriebene Person profitierte von der Finanzierung.

Wer bekommt BAföG und wieso?

Heute sieht die Situation anders aus: Über die Jahrzehnte sank die Gefördertenquote auf einen historischen Tiefstand im Jahre 2021. Nur noch 11 Prozent – also nur jede*r zehnte Studierende wird gefördert; bei Schüler*innen sind es gerade einmal 1,5 Prozent. Politiker*innen, die auf diesen Missstand hingewiesen werden und keinen Ausbau des BAföGs anstreben, entgegneten meist, die Zahl der

BAföG-Beziehenden sei deutlich höher, wenn man ausländische Studierende aus der Gesamtzahl immatrikulierter Studierender herausrechnet – tatsächlich zeigt sich, dass der Unterschied nur marginal ist. Und angesichts dessen, dass in Deutschland die absolute Zahl der Studierenden in den letzten Jahren kontinuierlich stieg und somit immer mehr von ihnen auch aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten an die Hochschulen streben, müsste die Quote der Geförderten eigentlich eher steigen als sinken.

Struktur des BAföGs ist das Problem

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) verweist bei Kritik darauf, dass viele an sich Förderberechtigte keinen Antrag stellen und die Zahlen deshalb so niedrig sind. Der

wahre Grund für die mangelnde Inanspruchnahme liegt jedoch in der Struktur des BAföGs. Historisch betrachtet zeigt sich deutlich, dass die Geförderquote immer wieder durch gesetzliche Bestimmungen stark beeinflusst wurde. Nach der Abschaffung des Vollzuschusses im Jahr 1974 und der Einführung des Schuldenzwangs bei Bezug im Jahre 1982 sank die Geförderquote besonders stark, während diese in der Zeit, in der BAföG als Vollzuschuss gewährt wurde, besonders hoch war. Logisch, denn die Angst vor Verschuldung stellt das höchste Hemmnis nicht nur hinsichtlich der Inanspruchnahme der Finanzierung dar, sondern auch für das Studieren an sich!

Die Elternfreibetragsgrenze, die festsetzt, ab wann BAföG beantragt werden kann, muss als weiteres strukturelles Problem gewertet werden. Die Elternfreibeträge erfassen die unteren und mittleren Mittelstandsschichten kaum und müssten daher massiv erhöht werden, damit das BAföG wieder mehr Menschen in den unteren und mittleren sozioökonomischen Schichten erreicht.

Gerichtsurteil: BAföG ist zu niedrig

Ein weiterer maroder Stein in der bröckelnden Architektur des BAföGs ist sein niedriger Höchstsatz, der derzeit bei 861 Euro liegt. Ihn erhalten nicht alle in voller Höhe, außerdem reicht er kaum zum Leben. Ähnlich sieht es bei der Wohnkostenpauschale aus. 325 Euro sind hier vorgesehen. Doch reicht diese in den meisten Universitätsstädten nicht einmal für ein WG-Zimmer.

Ursprünglich sollte über die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) alle zwei Jahre überprüft werden, wie hoch der Bedarf der Beziehenden wirklich ist. Doch die schleppe Erhöhung gegenüber den immer stärker steigenden Lebenshaltungskosten führt dazu, dass das BAföG viel zu gering bemessen ist. Dass die Feststellung der Bedarfssätze nicht verfassungskonform ist, hat jüngst das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Es hielt fest, dass der Bedarfssatz nicht mit dem »verfassungsrechtlichen Teilhaberecht auf gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Ausbildungsangeboten« vereinbar ist. Dieses Urteil unterstreicht nun nochmals, wie notwendig

die Forderung nach einer deutlichen Anhebung der BAföG-Sätze ist. Im Zuge des Gerichtsurteils hat die GEW im Mai ihren studentischen Mitgliedern empfohlen, Widerspruch gegen den letzten BAföG-Bewilligungsbescheid einzulegen, um sich so Ansprüche für Nachzahlungen für den Fall zu sichern, dass das Bundesverfassungsgericht der Argumentation des Bundesverwaltungsgerichts folgt.

BAföG muss krisenfest werden

Vor dem Hintergrund des niedrigen BAföG-Satzes und der vielen Studierenden, die in der Coronakrise in eine Notlage geraten sind, ist es zynisch, dass das BMBF kürzlich fast eine Milliarde an nicht ausgegebenen Geldern an das Finanzministerium zurücküberwies. Gleichzeitig zeigte sich: Das BAföG ist nicht krisenfest. Nach dem jahrelangen Herunterwirtschaften des BAföGs, nach seiner versagten Öffnung in Zeiten der Pandemie und nach den lächerlichen Soforthilfen von gerade einmal bis zu 500 Euro sahen sich viele Studierende gezwungen, auf ein kreditbasiertes Studienfinanzierungsmodell zurückzugreifen. Der KfW-Studienkredit, den das BMBF in der Coronakrise ausbaute, entpuppte sich als echter Krisengewinner der Coronapandemie. Die KfW-Kreditanträge haben sich zwischen 2019 und 2020 vervierfacht, dabei handelt es sich laut Vergleichsuntersuchung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) um den teuersten Studienfinanzierungskredit. Damit zeigt sich: Akademische Bildung wird immer mehr zur Ware. Dieser Tendenz gilt es sich mit aller Macht entgegenzustellen. Das BAföG als Herzstück der Studienfinanzierung muss krisenfest gemacht werden und endlich wieder an den Lebensrealitäten und Bedarfen der Studierenden und Schüler*innen ansetzen, von denen es sich im Laufe der 50 Jahre seines Bestehens schrittweise abgekoppelt hat.

Strukturreform endlich auf den Weg bringen

Neben der deutlichen bedarfsge-rechten Anhebung der Sätze und der Rückumwandlung in einen Vollzuschuss sowie einer Anpassung der El-

ternfreibeträge muss das BAföG auch wieder für Schüler*innen ab Klasse 10 geöffnet werden. Bildungsgerechtigkeit beginnt in der Schule. Die Kriterien für den Erhalt eines Schüler*innen-BAföGs sind so hoch, dass kaum noch jemand Anspruch darauf hat. Das muss sich ändern. Die finanzielle Situation der Eltern darf nicht darüber entscheiden, ob über die 9. Klasse hinaus die Schule besucht werden kann.

Ferner muss das Studium an deutschen Hochschulen für alle Studierenden unabhängig von ihrer Herkunft förderfähig werden. Weiter müssen die Förderdauer verlängert und zusätzliche Barrieren, wie die Altersgrenzen oder bürokratische Hürden, abgeschafft werden.

Auf diesen sofort notwendigen Korrekturkurs aufbauend, muss die neue Bundesregierung eine Strukturreform des BAföGs liefern, damit das Gesetz dem Grundrecht auf freie Berufswahl in vollem Umfang Rechnung tragen kann. Auf dem Weg zu einem elternunabhängigen, staatlichen Studienhonorar muss das BAföG in ein Sockelmodell umgebaut werden, welches einen elternunabhängigen Betrag beinhaltet, der sukzessive erhöht werden muss. All dies kann nur gelingen, wenn das BAföG und seine Probleme im bildungspolitischen Diskurs wahrgenommen und auf die politische Agenda gesetzt werden.

Daran arbeitet das #BAföG50-Bündnis, das sich im Dezember 2020 gründete. Im Bündnis sind verschiedene studentische, gewerkschaftliche und politische Jugendorganisationen aktiv, darunter auch die GEW-Studis. Unser gemeinsames Ziel ist es, allen Menschen die Bildung zu ermöglichen, die sie wollen. Denn selbstbestimmte Bildung ist ein zentraler Punkt, wenn es darum geht, Mündigkeit zu erreichen. Es ist uns deshalb wichtig, mit unserer Kampagne Schüler*innen und Auszubildende genauso wie Student*innen anzusprechen. Um unseren Kampf für ein besseres BAföG zu stärken, könnt ihr die Kampagne und unsere Petition unter bafog50.de/petition unterstützen.

von Natalie Schäfer
Sprecherin des
Bundesausschusses der GEW
Studierenden (BAGS)



Keine Ausnahme mehr!

Studentische Beschäftigte kämpfen um Tarifvertrag



Foto: Kay Herschelmann

Seit April organisieren sich bundesweit Studentische Beschäftigte in mittlerweile mehr als 20 Basisinitiativen. Ihr Ziel: ein eigener Tarifvertrag (TVStud).

Der Elfenbeinturm gerät ins Wanken. Nicht nur unzählige Wissenschaftler*innen artikulieren derzeit in den sozialen Medien unter #ichbinHanna ihren Unmut über prekäre Arbeitsbedingungen, sozial-exklusive Beschäftigungsstrukturen und den neoliberalen Ausverkauf der Hochschulen. Mit der im April dieses Jahres gestarteten Kampagne »Keine Ausnahme! Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Studentischer Beschäftigter« machen auch studentische »Hilfskräfte« sowie Tutor*innen Druck für mehr Mitbestimmung und einen Tarifvertrag. Denn die tragende Säule, die die über

300.000 Studentischen Beschäftigten an den deutschen Hochschulen mit ihrer Arbeit in Lehre, Forschung und Verwaltung darstellen, steht auf tönernen Füßen.

Ausnahmen und Blockaden

Die Tätigkeitsfelder und Arbeitsbedingungen Studentischer Beschäftigter sind heterogen. Eigentlich liegt ihr Aufgabenschwerpunkt in dem Erbringen wissenschaftlicher Dienstleistungen in Forschung und Lehre. Immer häufiger wird allerdings versucht, die Tätigkeiten auf die hochschulische Infrastruktur in Bibliotheken, Verwaltung und Technik mit dem Argument auszuweiten, noch mehr Studierenden zu einer Nebentätigkeit an der Hochschule verhelfen zu wollen. Angesichts mehrerer Urteile

des Bundesarbeitsgerichtes, die für derlei Aufgaben eine Eingruppierung in den Tarifvertrag der Länder vorsehen, ist dies jedoch als weitere Stufe der Tarifflucht der Hochschulen zu werten.

Gemein ist allen Studentischen Beschäftigten, dass sie bundesweit aus dem Tarifvertrag der Länder (TV-L), unter den die anderen Hochschulbeschäftigten – mit weiterer Ausnahme der Lehrbeauftragten – fallen, ausgeschlossen sind. Aus diesem Flickenteppich der Zumutungen ragt einzig Berlin heraus: Ende der 1970er-Jahre erstmals erkämpft, konnte dort im Jahr 2018 nach über 40 Streiktagen ein neuer Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte (TVStud III) erstreikt werden, der nach 17 Jahren Lohnstillstand höhere Löhne und ab 2023 sogar eine am TV-L orientierte Dynamisierung vorsieht. Dass auch andernorts der Weg für Tarifver-

handlungen mit ver.di und GEW frei gemacht wird und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) endlich ihre Blockadehaltung aufgibt, ist Ziel der laufenden Kampagne.

Ein exklusiver Nebenjob

Die Stellen der studentischen Hilfskräfte und Tutor*innen werden meist romantisiert: eine Verdienstmöglichkeit, die sich aufgrund oft kurzer Wege zum Arbeitsort und meist flexibler Arbeitszeiten gut mit dem Studium vereinbaren lässt und zugleich die Tür zur akademischen Karriere eröffnet. Ein verlockendes Angebot also.

Zwei Drittel aller Studierenden müssen arbeiten, um sich ihr Studium finanzieren zu können. Und nach Gastronomie und Veranstaltungsbranche ist die Hochschule der größte Arbeitgeber für Studierende – nur eben nicht für alle. Die Stundensätze liegen dort meist knapp über dem Mindestlohn, fachfremde Jobs sind oft lukrativer. Wer nicht aus einer Akademiker*innenfamilie kommt, arbeitet auch deshalb nachweislich seltener als Hilfskraft. Existenzsichernde Löhne und regelmäßige Lohnerhöhungen sind daher dringend erforderlich.

Die soziale Exklusivität verstärkt sich durch die fehlende Planbarkeit des Arbeitsverhältnisses zusätzlich: Wer auf einen Nebenjob angewiesen ist, kann sich Befristungen auf teilweise nur zwei bis drei Monate nicht leisten. Für die Hochschulen und Professor*innen bedeuten diese hingegen ein Maximum an Flexibilität. So können sie Stellen für Studentische Beschäftigte kurzfristig neu besetzen; da die Arbeitsverträge aufgrund der kurzen Laufzeiten als Sachmittel gelten, können die Gelder beliebig umgewidmet werden. Ob Hilfskraft oder neuer Drucker ist dann nur eine Frage des aktuellen Bedarfs. Und so hangeln sich die Studierenden von Semester zu Semester, die Tutor*innen von einer Vorlesungszeit zur nächsten. Mindestvertragslaufzeiten und das Ende von Kettenbefristungen sind deshalb unser erklärtes Ziel.

Wo kein Kläger, da kein Richter

Studentische Beschäftigte sind durch ihre Arbeit an den Hochschulen

mehrfach abhängig: Als Studierende sind sie finanziell von ihrem Job abhängig. Dadurch, dass alle paar Monate erneut über die Vertragsverlängerung entschieden wird, erhöht sich ihre Abhängigkeit von den Vorgesetzten. Ferner sind die Vorgesetzten meist die Professor*innen, die ihre Prüfungen und Arbeiten beurteilen. Man tritt ihnen also nicht allein als Mitarbeiter*in, sondern auch als Student*in gegenüber, womöglich auch noch im Rahmen hochschulpolitischen Engagements. Mehr noch: Die Stelle als Hilfskraft ist oft das erste Arbeitsverhältnis, die eigenen Rechte als Arbeitnehmer*in sind kaum bekannt – wenn man sich denn als solche*r versteht und nicht bereits die Mär von der Hilfskrafttätigkeit als Qualifikation internalisiert hat, mit der die schlechten Arbeitsbedingungen gerechtfertigt werden. Es fehlt also einerseits meist das Wissen über arbeitsrechtliche Mindeststandards wie Urlaubsanspruch oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – üblich ist das Vor- bzw. Nacharbeiten, wenn man ein paar Tage frei machen will oder krank war. Andererseits werden diese Mindeststandards auch dann nur selten eingefordert, wenn sie bekannt sind, schließlich möchte man es sich mit den Vorgesetzten nicht verscherzen.

Tritt der Fall ein, dass Vorgesetzte den Urlaub nicht gewähren oder Krankheitstage nacharbeiten lassen, haben Studentische Beschäftigte in der Regel auch keine institutionell verankerte, betriebliche Interessenvertretung. Personalräte sind oder fühlen sich oft nicht zuständig. Begründet wird dies damit, dass Studentische Beschäftigte über kein aktives und passives Wahlrecht verfügen, was wiederum mit den kurzen Vertragslaufzeiten zusammenhängt: ein systematischer Ausschluss von demokratischer Teilhabe also. Die Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards und die Ermöglichung von Mitbestimmung muss auch Studentische Beschäftigte einschließen!

Get organized!

Seit Dezember 2020 finden nun alle zwei Wochen bundesweite Vernetzungstreffen von TVStud-Initiativen und -Interessierten statt. Neben den Leuchttürmen Bremen, Göttingen und Hamburg, die sich derzeit auf einen Arbeitskampf im Herbst vorbereiten,

konnten bundesweit rund 20 neue Aktivenkreise aufgebaut werden – Tendenz steigend. Mit der gemeinsamen Kampagne »Keine Ausnahme!« adressieren sie die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die zuständigen (Landes-) Minister*innen, die bislang eine tarifliche Absicherung für Studentische Beschäftigte blockieren. Das Zeitfenster ist bewusst gewählt: Im Herbst findet die Tarifrunde der Länder statt. Auch parteipolitisch Druck zu erzeugen, bietet sich nicht nur aufgrund der (rot-) rot-grünen Landesregierungen in Bremen und Hamburg an, die bereits angekündigten, das Thema TVStud in die TdL hineinzutragen; Rot-Grün verfügt dort über die Mehrheit. Am 3. Juli hatten im Rahmen einer Aktionskonferenz und Demonstration in Hannover über 100 Delegierte der bundesweiten TVStud-Initiativen ihre Forderungen vor das niedersächsische Finanzministerium – Amtssitz des TdL-Vorsitzenden Reinhold Hilbers – getragen. Gemeinsam mit Andreas Keller, Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung der GEW auf Bundesebene, und Sylvia Bühler, Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung im ver.di-Bundesvorstand, machten sie deutlich: Die Blockadehaltung muss fallen! Der Weg für Tarifverhandlungen auf Länderebene muss frei gemacht werden! Die Tarifverhandlungen im Herbst sind nicht nur eine Möglichkeit, sondern angesichts der widrigen Organisationsbedingungen unter Studentischen Beschäftigten auch dringend erforderlich!

Der Arbeitskampf an Hochschulen ist mehr als der Einsatz für höhere Löhne. Es ist das Lernen von Widerständigkeit in einem Arbeitsverhältnis, das in der akademisierten Gesellschaft ohne entsprechende kollektive Erfahrungen zu verschwinden droht. In diesem Sinne muss es im Herbst und darüber hinaus heißen: Get organized to strike! Kämpfe verbinden – solidarisch in die Offensive!

von
Ann-Kathrin Hoffmann

wissenschaftliche Hilfskraft
an der Europa-Universität
Flensburg

Mitglied bei TVStud Schleswig-Holstein
Sprecherin des Bundesausschusses
der GEW-Studierenden



Widerstand gegen prekäre Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft



Foto: IMAGO / ZUMA Press

Die Frustration angesichts der prekären Beschäftigungsbedingungen in der deutschen Wissenschaft ist groß. Als am 31. Oktober 2020 eine Kollegin twitterte, sie wolle zu Halloween als Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) gehen, schlugen wir vor, stattdessen lieber den Reformationstag zu begehen und 95 Thesen gegen das WissZeitVG zu sammeln. Mit den ersten Thesen etablierten wir den Hashtag #95vsWissZeitVG, der bald sogar unter den Twitter-Trends zu finden war.

Bis in den November 2020 hinein sammelten daraufhin noch mehrere Hundert Wissenschaftler*innen auf Twitter Argumente für die Abschaffung des WissZeitVG. Daraus entstand dann der Blog [95vswisszeitvg.wordpress.com](https://www.95vswisszeitvg.wordpress.com). Dort können die 95 Thesen thematisch geordnet nachgelesen werden.

#IchBinHanna und arbeite in der Wissenschaft

Die Diskussion um das WissZeitVG wurde noch einmal durch einen Tweet

angeheizt, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) etwa einen Monat später absetzte und in dem das WissZeitVG dafür gepriesen wurde, dass es den wissenschaftlichen Institutionen »a certain degree of flexibility« verschaffe. Diese »Flexibilität« entsteht durch die Regelung, dass Angestellte in der Wissenschaft zu Qualifikationszwecken maximal sechs Jahre vor und sechs Jahr nach der Promotion befristet beschäftigt werden dürfen, bevor Hochschulen sie entfristen müssen, sie sollte also eigentlich Betroffene in feste Stellen bringen. Doch fehlende Planstellen führen dazu, dass derzeit hochqualifizierte Wissenschaftler*innen in der Tat reihenweise in die Arbeitslosigkeit geschickt oder zum Berufswechsel genötigt werden.

Den bisherigen Höhepunkt der Twitterdiskussion um prekäre Arbeit bildete die Aktion #IchBinHanna im Juni 2021, bei der Tausende Wissenschaftler*innen eindrückliche Einblicke in ihre prekäre Situation gewährten und die derzeitige Ausgestaltung des deutschen Wissenschaftssystems um-

fassend kritisierten. Neben dem WissZeitVG als einer wesentlichen Ursache der Missstände rückten dabei verstärkt die mangelnde Grundfinanzierung der Hochschulen sowie die bedenklichen Exklusionsmechanismen des aktuellen Systems in den Fokus, die es marginalisierten Gruppen zusätzlich erschweren, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und zu verfolgen.

Unsägliches Befristungswesen

Betrachtet man die prekären Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft im Detail, führt das Befristungs(un)wesen die Mängelliste an. Vor der Lebenszeitprofessur – die oft erst Mitte oder Ende des fünften Lebensjahrzehnts erreicht wird – gibt es kaum unbefristete Beschäftigungsverhältnisse. Während diese im deutschen Arbeitsrecht und gesellschaftlich den Normalfall darstellen, ist in der Wissenschaft wegen des großzügigen Sonderbefristungsrechts des WissZeitVG und der Häufigkeit kurzfristiger Gelder die Ausnahme zur Regel geworden: 92 Prozent aller nicht-

professoralen Wissenschaftler*innen unter 45 Jahren an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind befristet angestellt. Hochschulverwaltungen achten penibel darauf, die Höchstbeschäftigungsdauer nach WissZeitVG nicht zu überschreiten. So verhindern sie, dass Dauerstellen eingeklagt werden können.

Wurden in den letzten Jahren unbefristete Stellen geschaffen, handelte es sich nicht selten um Hochdeputatsstellen, die darauf abzielen, möglichst viel Lehre für wenig Geld zu erhalten. Wenn



Lehrende indes 16 oder gar 24 Semesterwochenstunden unterrichten, dazu Hunderte Hausarbeiten und Abschlussarbeiten korrigieren, Sprechstunden anbieten, prüfen und Verwaltungsaufgaben übernehmen, ist weder eigenständige Forschung noch die Neukonzeption von Lehrveranstaltungen auf Basis lediglich passiver Kenntnisnahme des aktuellen Forschungsstandes möglich. Die Einheit von Forschung und Lehre wird somit aufgekündigt. Studierende werden nur noch sehr oberflächlich betreut und warten monatelang auf Benotungen, weil Lehrende die Korrekturberge erst nach und nach abtragen können. Krankheitsbedingte Ausfälle sind nicht vorgesehen und müssen individuell kompensiert werden.

Unbezahlte Mehrarbeit

Neben dem Befristungs(un)wesen existiert ein enorm hoher Anteil unbezahlter Mehrarbeit. Wissenschaftler*innen vor der Promotion arbeiten durchschnittlich (!) 13 Stunden in der Woche mehr, als in ihren Verträgen steht; nach der Promotion sind es noch 10 Stunden. Gekoppelt ist dieses Phänomen an Teilzeitstellen. Gerade Promovierende müssen sich in vielen Fächern mit 50-Prozent- oder 65-Prozent-Stellen begnügen. Erwartet und für eine erfolgreiche Karriere vorausgesetzt wird allerdings ein Engagement, das einer 100-Prozent-Stelle entspricht. Wie man an den Leitlinien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Beantragung von Promotionsstellen sieht, wird Teilzeit ziemlich unverfroren eingesetzt, um je nach »Wettbewerbssituation in den jeweiligen Fächern« »Gehaltsanpassungen« vorzunehmen, was praktisch den geltenden Tarifvertrag unterläuft. Dass gerade unbefristete Hochdeputationsstellen nicht selten geteilt ausgeschrieben werden, ist ein indirektes Eingeständnis dafür, dass diese Stellen einer Person in Vollzeit nicht zuzumuten wären, weil die damit verbundenen Aufgaben eine 40-Stunden-Woche weit überschreiten würden.

Viele geben angesichts dieser Lage schweren Herzens die Wissenschaft auf, obwohl sie für dieses Berufsfeld mehr als qualifiziert sind. Angesichts der durch die Arbeitsbedingungen bedingten Dauerüberlastung, die zudem durch diverse Abhängigkeitsverhältnisse geprägt ist, steigt auch das Risiko psychischer und physischer Erkrankungen. Außerdem kommen viele schlicht an ihre finanziellen Grenzen: Mieten in Universitätsstädten sind mit halben Stellen ohne familiäre Unterstützung oder eigene Rücklagen kaum zu begleichen. Eine Familiengründung verträgt sich mit der Arbeit in der Wissenschaft ebenfalls schlecht, weil der Lebensmittelpunkt auf befristeten Stellen nie endgültig feststeht und familiäre Verpflichtungen das Risiko mit sich bringen, dass der eigene Forschungsoutput hinter dem der anderen Bewerber*innen zurücksinkt und die Weiterbeschäftigung somit in Gefahr gerät. Dass die Diversität des Personals vom Studium bis zur Professur von Stufe zu Stufe kontinuierlich abnimmt, hat seine Ursache

wesentlich in diesen widrigen Bedingungen.

Wissenschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen

Die Belastung einzelner Wissenschaftler*innen geht auch auf Kosten von Wissenschaft und Gesellschaft. Durch die ständigen Neueinstellungen werden horrend Summen an Steuergeldern verschleudert, der Verwaltungsaufwand ist enorm. Den Studierenden fehlen kontinuierliche Ansprechpartner*innen und Betreuer*innen für ihre Abschlussarbeiten, weil die Lehrenden, bei denen sie studierten, nach wenigen Jahren die Universitäten verlassen müssen. Wissenschaft und Lehre sind auf kurzfristige Projekte statt auf den Aufbau langfristiger und in der Breite wirkender Strukturen orientiert.

Soll es eine innovative, nachhaltige und diverse Forschung in Deutschland geben, muss die Wissenschaftspolitik endlich reagieren. Akzeptable Arbeitsbedingungen auch für Forschende jenseits der Professur sind dafür eine unabdingbare Voraussetzung. Insbesondere wenn der außerakademische Arbeitsmarkt bessere Chancen bietet, sind immer weniger befristete Wissenschaftler*innen bereit, sich auf dieses Vabanquespiel einzulassen. Der spontane Zuspruch zu den Aktionen #95vsWissZeitVG und #IchBinHanna hat dies überdeutlich gezeigt.

von Dr. Amrei Bahr

wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Philosophie



PD Dr. Kristin Eichhorn

wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Paderborn, Institut für Germanistik und Vergleichende Literaturwissenschaft

und

Dr. Sebastian Kubon

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte



Forschen für die Rangordnung

Neofeudalismus an den deutschen Hochschulen



Foto: IMAGO / PhotoAlto

Die befristeten Beschäftigungsverhältnisse und die schlechten Berufschancen, mit denen sich junge Wissenschaftler*innen herumschlagen müssen, werden zu Recht zunehmend kritisiert. Ähnlich kritikwürdig sind zwei weitere Umstände akademischen Arbeitens, die eng mit den Befristungen verbunden sind: die Abhängigkeit von Übergeordneten und der verschärfte Kampf um messbare Anerkennung.

Mein Beitrag analysiert, wie diese Umstände alte Hierarchien fortsetzen und sogar verstärken. Wir haben es an den Hochschulen nicht einfach mit einer Spielart des Neoliberalismus oder mit »akademischem Kapitalismus«, sondern mit einer neofeudalen oder höfischen Machtordnung zu tun. Wissenschaftliche Neugier hat es in dieser Ordnung noch schwerer als im Wechselspiel kleiner Herrschaftsbereiche,

für die besonders Universitäten früher bekannt waren. Während Organisationstheorien dort immerhin »organisierte Anarchie« sahen, kann man heute von einer überregelten Prestigekonkurrenz reden.

Vorbedingungen: kleine Machtgefüge, neuer Massenbedarf

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts steigen in den führenden kapitalistischen Ländern drei Zahlen teils kontinuierlich, teils sprunghaft an: die Studierendenzahlen, die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen und die Zahl der wissenschaftlich Beschäftigten. Ein wachsender Bedarf an akademischer Forschung und Lehre verursacht mithin steigende Kosten, um deren Verteilung hart gerungen wird. Sofern es nicht gelingt oder ausreicht, diese Kosten durch Studiengebühren

auf die Studierenden bzw. ihre Elternhäuser abzuwälzen – und so die Reichen zu bevorzugen, die sich das Studium leisten können –, wird oft bei den wissenschaftlich Beschäftigten gespart. Starke akademische Hierarchien machen das vergleichsweise leicht: Die wenigen Professuren sind von einer großen Zahl schwächerer, weniger angesehener, weisungsgebundener, oft noch mit Promotion oder Habilitation beschäftigter, leichter kündbarer oder ohnehin nur befristet eingestellter Mitarbeiter*innen umgeben, deren Stellung sich ausnutzen lässt.

Das deutsche System, das fast ausschließlich öffentlich finanziert ist und besonders viele Wissenschaftler*innen unterhalb der Professur und der Festanstellung beschäftigt, setzt diese Ausnutzung inzwischen umfassend ein. Viele Bedingungen lassen sich schon bei Max Weber nachlesen, der immer wieder zitiert wird, um akademische

Karrieren als Glücksspiel zu kennzeichnen. Doch anders als bei Weber ist das Casino, das insgesamt immer gewinnt, inzwischen sehr groß: Es geht um Hochschulen, die nicht mehr von drei bis vier Prozent, sondern von über 50 Prozent der Schulabsolvent*innen eines Jahrgangs besucht werden und deren Forschungsleistung als volkswirtschaftlich entscheidend gilt. Die kleinen, dezentralen Machtgefüge, die das traditionelle akademische System geprägt hatten, ließen sich nicht leicht auf den neuen Massenbedarf ausrichten. Sehr lange wurde weniger über den Verschleiß junger Forschender als über ein störrisches Personal geklagt, das niemand zur Arbeit zwingen konnte. Dieses Problem wurde durch eine Serie von Anerkennungswettbewerben »gelöst«.

Instrumente: Forschungsprojekte, Publikationen, Kennzahlen

Wer heute erfolgreich in der deutschen Wissenschaft arbeiten bzw. überhaupt länger als ein paar Jahre Folgeverträge erhalten will, muss dafür einiges tun: möglichst viel in Zeitschriften publizieren, die ihre Beiträge streng begutachten lassen; möglichst häufig zitierte Zeitschriften ansteuern, deren Selektivität mit dem Andrang steigt; selbst möglichst häufig zitiert werden; möglichst viel Geld für Forschungsprojekte bei möglichst angesehenen Stellen einwerben; möglichst häufig an bestenfalls internationalen und selektiven Tagungen teilnehmen; gute Lehrbewertungen vorweisen; schließlich Preise, Stipendien und sonstige Auszeichnungen sammeln. Für die meisten dieser Bereiche haben sich Kennzahlen durchgesetzt, mit denen die Erfolge in Ranglisten überführt werden können. Am bekanntesten sind der Impact-Faktor und der Hirsch-Index, die festhalten, wie häufig Zeitschriften und Individuen zitiert werden. Bei Projektgeldern sprechen die bewilligten Summen für sich. Im deutschen System zählen die Projekte besonders stark und bestimmen sogar, wie gut Institute und Hochschulen dastehen. Mit der Exzellenzstrategie hat ihr Projektwettbewerb eine Art »Erste Liga« erhalten, die allerdings die deutschen Hochschulen in weltweiten Rankings noch nicht

spürbar nach oben gebracht hat.

Die Pointe dürfte ohnehin eine andere sein. Der Wettbewerbsrahmen regt die Beteiligten fraglos zu stetiger Aktivität an. Wer sonst still vor sich hinforschen und lehren oder vielleicht eine Pause einlegen würde, hat nun immer das nächste Erfolgsziel vor Augen. Am Ende entscheiden diese Erfolge über die berufliche Existenz. Nebenher wurde die Gruppe der noch nicht fest etablierten, nur zeitweilig benötigten Wissenschaftler*innen deutlich vergrößert. Das gilt zumal für Projekte, die Forschende nur für die damit verbundene Laufzeit beschäftigen. Die Zahl dieser Projektbeschäftigten hat sich in den frühen 2000er-Jahren in Deutschland etwa verdoppelt, während die Zahl der Professor*innen und Mitarbeiter*innen ungefähr gleich blieb. Zugleich hat das Wissenschaftszeitvertragsgesetz festgeschrieben, dass man sich auf Haushaltsstellen viele Jahre lang nur »qualifiziert« und schließlich überzählig wird. Gemessen am möglichen Zweck, die Kosten des Hochschulsystems primär am wissenschaftlichen Personal einzusparen, war die Umstellung auf einen allgemeinen Anerkennungswettbewerb also erfolgreich. Weniger klar lässt sich sagen, wie der Nutzen für die Wissenschaft ausfällt.

Resultat: Anerkennungskämpfe, Kollateralschäden und Fassadenbetrieb

Um ihn einzuschätzen, sollte man andere Indikatoren nutzen als (erneut) die geschilderten Erfolgskennzahlen. In den Naturwissenschaften zeugt die »Replikationskrise« davon, dass die Jagd nach Anerkennung auch schädliche Effekte hat: Viele Resultate, die in Publikationen eingingen, ließen sich bei Wiederholung der Experimente nicht mehr nachweisen und gerade die meistzitierten Zeitschriften haben schlechte Replikationsquoten. In den Geistes- und Sozialwissenschaften kann man – ohne dass dies direkt quantifizierbar wäre – weniger einen Anstieg ungedeckter Behauptungen als sinkende Originalität feststellen: Forschende setzen tendenziell auf standardisierte Formate, erprobte Methoden und vorsichtige Behauptungen, um im Peer-Review möglichst nicht

anzuecken. In fast allen Disziplinen hat sich zudem ein Gefälle zwischen der Einwerbung und Durchführung von Projekten ergeben: Da vorrangig zählt, wie viel Fördergeld man erhält, konzentrieren sich die Energien auf die Anträge, während die Forschungsarbeit selbst und ihre Ergebnisse oft weit weniger interessant sind. In ihrer Gesamtheit lassen diese Mechanismen vermuten, dass die neue Prestigekonkurrenz der Wissenschaft erheblich mehr schadet als nützt.

Weshalb das so ist, legt ein historischer Vergleichsfall nahe, in dessen Erforschung Norbert Elias den Begriff »Prestigekonkurrenz« prägte: Als in der Frühen Neuzeit Flächenstaaten die feudalen Vertrauensbeziehungen sprengten, wurden die Feudalherren vielerorts in eine höfische Ordnung integriert, die formal ihren Rang bestätigte, sie aber faktisch auf repräsentative Funktionen einschränkte. Sie mussten Auftretens-, Kleidungs- und Anstandsregeln beherrschen, Audienzen gewähren und aufsuchen, auf Feiern erscheinen und generell eine gute öffentliche Figur machen, während die wirkliche Macht immer mehr auf die Staatsverwaltung überging. Etwas Ähnliches könnte heute den Wissenschaftler*innen passieren, die ihre Leistungen unablässig in Publikationen, Einwerbungen, Evaluationen und Rankings darstellen müssen, während Zeit und Raum für selbstbestimmte Wissenschaft kleiner werden. Die direkte Abhängigkeit vom Feudalherrn oder den Lehrstuhlinhaber*innen weicht dabei teilweise einer allgemeinen Abhängigkeit von der Anerkennung der Peers. Dabei werden die Hierarchien zwischen angesehenen und untergeordneten Beteiligten allerdings immer steiler. Besonders schmerzhaft ist das für die befristet Beschäftigten, deren Ausnutzung und Austauschbarkeit diese Ordnung auf Dauer stellt. Aber auch die Professor*innen hatten sich unter Wissenschaft vielleicht einmal etwas anderes vorgestellt.

von Prof. Tilmann Reitz

Professor der Wissenssoziologie und Gesellschaftstheorie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie



Mekelle University in Äthiopien

Zwischen Krieg und internationalen Kooperationen



Dieses Bild zeigt den Campus der Mekelle University vor dem Krieg.
Fotos: Magnus Treiber



Dieses Bild entstand 2015 während der Tagung »Regional Human Security«, die von der Mekelle University und dem Felsberger Institut organisiert wurde.

Im November 2020 brach zwischen der äthiopischen Zentralregierung, mit Unterstützung des benachbarten Eritrea, und der Regionalregierung von Tigray im Norden Äthiopiens ein grausamer Krieg aus, der mit Hunger, Terror, Vergewaltigung und der Zerstörung ziviler Infrastruktur einherging. Inmitten dieses Leids und der Kriegswirren versuchte sich die vielversprechende Mekelle University zu halten.

Lange Zeit hatte Äthiopien nur eine einzige Universität: Die frühere Haile-Selassie-Universität heißt heute Addis Ababa University. Ihre vormals assoziierten Institute in Gonder und Haramaya entwickelten sich mit der Zeit

zu eigenständigen Universitäten. Als in den 1990er-Jahren, nach Ende der sowjetisch unterstützten Militärdiktatur, die neue Regierung ein ehrgeiziges Entwicklungsprogramm auflegte, wonach Schulen und Gesundheitszentren auch in entlegensten Landstrichen der kulturell, ethnisch, sprachlich und historisch-politisch extrem unterschiedlichen Bundesländer und Regionen aufgebaut werden sollten, wurde bald auch die Idee geboren, neue Colleges und Universitäten zu gründen. So gab es um das Jahr 2010 bereits über 30 neue Universitäten, 2020 waren es über 40. Zunächst lag der Schwerpunkt auf BA-Programmen (Bachelor), die personell meist schwach ausgestattet

waren. Doch es folgten bald zahlreiche MA-Programme (Master) und vereinzelt auch erste Doktoratsprogramme. Jahrelange internationale akademische Kontakte, auch nach Deutschland, förderten diese Entwicklung.

Gebremst wurde und wird sie durch überhastete Reformideen, politische Umstürze und Kriege, die Äthiopien in den letzten Jahrzehnten immer wieder prägten. Dennoch: Universitäten wurden als große Chance des sich schnell entwickelnden Landes verstanden. Ein breites Spezialwissen sollte den Zugang zu hochrangigen Institutionen weltweit erleichtern, technokratische Kompetenz aufbauen und so den rasanten Entwicklungsprozess Äthiopi-

ens absichern. Dabei wurde sicherlich die Gefahr einer schnell wachsenden akademischen Arbeitslosigkeit unterschätzt, denn die Institutionen konnten den vielen, relativ einfach ausgebildeten BA-Absolvent*innen kaum angemessene Beschäftigungen anbieten. Der große Bedarf an Arbeiter*innen konnte aus der bäuerlichen Bevölkerung gut gedeckt werden, aber Stellen für Spezialist*innen wie Ärzt*innen und Ingenieur*innen bis hin zu Stellen im Verwaltungsapparat blieben rar. Jungen Dozent*innen fehlte es trotz ihres großen Engagements oft an Forschungs- und Praxiserfahrung. Angesichts drückender Armut wurden zudem bei komplexen Fragen tendenziell einfache und schnelle Lösungen präferiert, die die Lage in manchen Fällen noch verschärften. Erst in jüngerer Zeit gibt es zunehmend erfahrene, kultursensible und pragmatisch denkende junge Spezialist*innen.

Die Mekelle University

Ein wichtiger Baustein in dieser dynamischen Entwicklung ist die Mekelle University (MU). Im Mai 2000 durch den Ministerrat gegründet gilt sie als Vorzeiginstitution des Regionalstaates Tigray. Ihre Vorläufer waren die unabhängigen akademischen Institutionen »Mekelle Business College« und »Mekelle University College«, die beide im Lauf des Krieges gegen die Militärdiktatur, die 1991 fiel, entstanden. Bemerkenswert ist die Geschichte des »Mekelle University Colleges«. Es ging aus einer während des Krieges aus Asmara in Eritrea evakuierten Fakultät hervor, die in einem ehemaligen Militärcamp Obdach fand. Ein Schritt mit großer Symbolik: In diesem Areal, in dem während der Militärdiktatur auch Gefangene gehalten wurden, sollte eine neue, akademisch gebildete Generation heranwachsen.¹

Bis zum Kriegsbeginn im November 2020 war die MU eine aufstrebende Universität mit sieben Colleges, acht Instituten und einer Immatrikulationskapazität von in den letzten fünf Jahren deutlich mehr als 30.000 Studierenden. Angeboten wurden Studiengänge u. a. zu Business and Economics, Dry Agriculture and Natural Resources, Law and Governance, Sozialwissenschaften und Sprachen, Veterinärmedizin und Gesundheitswis-

senschaften. Daneben gab es verstärkt der Forschung gewidmete Institute: das Ethiopian Institute of Technology Mekelle, Institute für Pädagogik, Paleoenvironment und Heritage Conservation, Wasser und Umwelt, Klima und Gesellschaft, Gender Studies, Umwelt- und Entwicklungsstudien und Geologie. Forschungsergebnisse wurden regelmäßig an die Gesellschaft weitergegeben. Darüber hinaus gehört das Ayder Referral Hospital, eines der führenden Lehr- und Überweisungskrankenhäuser Äthiopiens, zum College of Health Sciences.

Die MU ist eine öffentliche Universität, die vom Staat finanziert wird. Bis heute erlebte sie fünf Präsident*innen, darunter auch den deutschen Pharmakologen Prof. Dr. Joachim Herzig (2010 - 2013). Internationale akademische Beziehungen wurden zunächst in der Medizin und Dryland Agriculture aufgebaut, doch seit 2005 verstärkt auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften. 2015 etwa fand in Zusammenarbeit der Politologie und des deutschen Felsberg-Instituts eine internationale Konferenz zu »Regional Human Security« statt und 2018 konnte die prestigeträchtige und multidisziplinäre 20. International Conference of Ethiopian Studies (ICES20) mit mehreren Hundert Teilnehmer*innen ausgerichtet werden, zum ersten Mal in ihrer Geschichte an einer der neuen Universitäten Äthiopiens. Freilich waren die wachsenden Chancen auch mit typischen Problemen asymmetrischer Kooperationen verbunden: Europäische Partner bevorzugten mitunter einfache Entscheidungswege, was jenen Kräften die schnelle Nutzung von Förderungen ermöglichte, die geübt darin waren, das noch wachsende, teilweise schwache System akademischer Auswahl und Qualitätssicherung zu umgehen. Akademisch wesentlich aussichtsreichere Kolleg*innen wurden so manches Mal zurückgesetzt. Dies war nicht nur das Ergebnis lokaler, struktureller Schwächen, sondern auch der westlichen Tendenz geschuldet, sich mit den Details vor Ort wenig zu beschäftigen und Mängel in Qualität und Verfahren als gegeben hinzunehmen. Andererseits fielen junge Akademiker*innen auf internationalen Tagungen positiv auf, gemeinsame Forschungen und Förderungen gestalteten sich aussichtsreich.

Hochschule im Krieg

Als Ende letzten Jahres der Krieg ausbrach², wurde die MU wie auch das gesamte Bundesland Tigray vom Internet und Telefonnetz getrennt und total isoliert. Bei den Bombardierungen von Mekelle zwischen Ende November und Anfang Dezember wurden auch Anlagen der Universität getroffen. Der neue Veterinär-campus wurde von eritreischen Soldaten verwüstet, das Health College und das für die Zivilbevölkerung so wichtige Ayder-Krankenhaus wurden in ihrer Arbeit stark beeinträchtigt. Als die Städte entlang der Hauptstraßen seit Anfang 2021 von einer Art lokalem Waffenstillstand profitierten, wurden Studierende der völlig verwüsteten Addigrat University nach Mekelle verlagert, wo sie in Notkursen ihren Abschluss erlangten. Auch wenn nur wenige Studierende aus anderen Landesteilen ihr Studium an der MU zu Beginn des letzten Semesters aufnahmen, wurde der Lehrbetrieb doch nach Möglichkeit aufrechterhalten. Vorübergehend gab es wieder Internet an der Universität. Es fanden so auch erste Sitzungen über Zoom mit ausländischen Partnern statt. Das Selbstbewusstsein der jungen Akademiker*innen an der MU scheint ungebrochen, wie herausgeschmuggelte, sehr kritische Dokumente hinsichtlich der zentral eingesetzten Übergangsverwaltung im Bundesland Tigray zeigen. Die Dozent*innen sehen ihre Hochschule als eine Pionieruniversität, die aus den Trümmern des letzten Krieges hervorgegangen ist. Sie verstehen es als ihre Aufgabe, die Universität und ihren Auftrag zu erhalten und dabei sowohl offiziellen Verlautbarungen entgegenzutreten als auch die universitäre Arbeit aufrechtzuerhalten.

von Dr. Wolbert Smidt

Postdoc an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
Adjunct-Professor in Ethnohistory
in den historischen und ethnologischen Promotionsprogrammen
der Mekelle University



Foto: Weddi Abay Abebe

- 1 Vgl. Joachim W. Herzig/Wolbert G. C. Smidt: Die Neue Hochschullandschaft Äthiopiens: Gegenwärtige Entwicklungen. In: Hatem Elliesie (Hg.): Multidisciplinary Views on the Horn of Africa. Köln, Köpcke Verlag 2014, S. 393-426
- 2 Vgl. Ilona Eveleens: Krieg in Äthiopien: Tigray will weiterkämpfen; taz v. 30.6.2021

Bayerische GEW-Forderungen zur Tarifrunde der Länder 2021 stehen:

Mehr Geld und mehr Zeit

Angesichts der Tarifrunde der Länder (TV-L) fordert die Landestarifkommission (LTK) der GEW Bayern: Arbeitsbelastung und Arbeitszeit reduzieren, 250 EUR für alle, Befristungen eindämmen, TV-L auch für studentische Hilfskräfte.

Ende Juli meldeten die Medien: Die aktuelle Inflationsrate liegt bei 3,8 Prozent – Tendenz steigend, zum Jahresende wird sie wohl bei 4 Prozent sein. 2022 gibt es dann eine Teuerungsrate von 5 Prozent, so die Wirtschaftsforschungsinstitute. Und mehrere Umfragen – auch vonseiten der GEW – ergaben: Die Arbeitsbelastung nahm während der Pandemie weiter zu.

Angesichts dieser Zahlen war sich die Landestarifkommission nach ausführlicher Diskussion einig: Der Schwerpunkt der Forderungen soll 2021 auf Arbeitsentlastung und Gesundheitsschutz liegen. Bei den Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit besteht Handlungsbedarf. Nicht nur Beschäftigte in den Kitas verkürzen aufgrund zu hoher Belastungen vermehrt ihre individuelle Arbeitszeit. Auch in anderen Bildungsbereichen, besonders in den Schulen, ist der Wunsch nach weniger Arbeitszeit groß.

Deshalb soll an erster Stelle eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit stehen. Wichtig ist es, hier das Manifest »Arbeitszeitverkürzung jetzt! 30-Stunden-Woche fordern!« von Prof. Bontrup und Prof. Massarrat zur Grundlage der Diskussion um die Arbeitszeit zu nehmen. Beide wiesen schon vor acht Jahren nach, dass die 30-Stunden-Woche bei vollem Entgelt- und Personalausgleich nicht nur finanzierbar, sondern auch im Interesse des Gesundheitsschutzes dringend erforderlich sei. Zusätzlich fordert die LTK, dass die Arbeitszeit bereits ab einem Alter von 50 Jahren schrittweise reduziert werden solle. Die hohe Arbeitsbelastung darf nicht dazu führen, so eine Kollegin, dass man oder frau krank ins Rentenalter geht oder kurz danach stirbt.



Foto: IMAGO / Christian Ditsch

Da im Tarifvertrag unser gewerkschaftliches Ziel auf eine Begrenzung der Gruppen- und Klassengrößen nicht enthalten ist, muss dieses nun durchgesetzt werden. Dass es geht, zeigt dieser Hinweis: In der Erwachsenenbildung gilt eine Klassen- oder Gruppengröße von 15 Teilnehmer*innen als angemessen.

Schließlich soll die Entgelterhöhung nur noch als Festbetrag und nicht als Prozentforderung erhoben werden. Die LTK einigte sich auf eine Forderung von 250 EUR mehr pro Monat. Dies entspricht einer Erhöhung von 7,5 Prozent in der Entgeltgruppe 9b (EG 9b), Stufe 3. Damit soll die Schere zwischen niedrigen und hohen Entgeltgruppen nicht weiter auseinandergehen.

Die LTK war sich auch einig, dass die EG 13 für alle Lehrkräfte mit zwei Staatsexamina gelten muss. In der Folge muss dies auch zu einer Höhergruppierung bei den anderen Lehrkräften führen.

Für den Hochschulbereich fordern wir: Das Befristungsunwesen muss eingedämmt werden. Bei befristeten Qualifikationsstellen darf der Anteil der Lehre nicht mehr als 50 Prozent betragen. Bei Neuverträgen, z. B. nach Auslaufen von befristeten Verträgen, muss einschlägige Berufserfahrung bei der Eingruppierung berücksichtigt werden. Und nicht zuletzt muss der TV-L auch für studentische Hilfskräfte gelten. Die tariffreie Zone bei

öffentlichen Arbeitgebern muss beendet werden!

Für alle Forderungen, die bei Erfolg auch für die verbeamteten Kolleg*innen gelten sollen, bedarf es gewerkschaftlichen Drucks, einschließlich Streikaktionen. Hier sind alle Kolleg*innen gefordert.

von
Friedrich Sendelbeck



und
Anton Salzbrunn
Mitglieder der Landestarifkommission



Weitere Infos: gew.de/tv-l



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im September 2021 erhält den LesePeter das Kinderbuch

Die ganze Wahrheit (wie Mason Buttle sie erzählt)

Leslie Connor (Autorin)
André Mumot (Übersetzer)
aus dem Englischen

Hanser Verlag • München 2021
320 S. • gebunden • 16,00 EUR
ab 10 Jahre
ISBN: 978-3-446-26802-9

Mason kann weder lesen noch schreiben, hat aber das Herz an der richtigen Stelle. Während er noch immer versucht, die Ereignisse rings um den Unfalltod seines besten Freundes zu sortieren, verschwindet Calvin. Wieder war es Mason, der den vermissten Jungen als Letzter gesehen hat. Eine berührende Erzählung, die mit wohlthuender Gerechtigkeit aufgelöst wird.

GEW und Bündnis »Superreiche zur Kasse«: Aktionstag am 17. Juli

Ein breites Bündnis aus Parteien (SPD, Grüne und Die Linke), Gewerkschaften (ver.di und GEW), Wohlfahrtsverbänden und der politischen Gruppe ZukunftErkämpfen rief für den 17. Juli zu einer Kundgebung in München auf. Die GEW München, ZukunftErkämpfen und der Organisationskreis des 1. Mai (linke Gewerkschafter*innen) entschieden sich zudem dafür, nicht einzeln, sondern in einem Demonstrationzug zur Kundgebung aufzubrechen und damit ihre Forderungen auch auf die Straße zu tragen. 300 Protestierende schlossen sich diesem Zug an. Leider kamen wir etwas verspätet auf dem Kundgebungsplatz an, nachdem unser Lautsprecherwagen auf dem Weg einen Unfall hatte. Trotzdem wurden wir, die mit Schmetterlingskonfettikanonen und dem Fronttransparent »Reiche enteignen« den Platz betreten, freudig von den 400 Teilnehmer*innen der Kundgebung empfangen, sodass dann schließlich ca. 700 Personen den dortigen Beiträgen folgten.

Inhaltlich forderten die Demonstrierenden, auch den Streik als Mittel einzusetzen, um die Forderungen nach einer Vermögenssteuer und der deutlichen Besteuerung von Unternehmen, die in der letzten Zeit hohe Gewinne machten (z. B. Amazon, DHL), durchzusetzen. Der Ruf nach Streik kommt nicht von ungefähr, schließlich verhalten bisher genügend Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Sozialabbau ungehört. In dem breit gefächerten Bündnis mit Sozialverbänden, die selbst Arbeitgeber sind, und Parteien im Wahlkampf konnte bis jetzt weder für eine gemeinsame Demonst-

ration noch für die Streikforderung ein Konsens gefunden werden.

Die geringe Beteiligung zeigte, dass wir ohne eine starke und unabhängige Mobilisierung in den Betrieben und mit konkreten Forderungen – auch der Forderung nach Streik – nicht genügend Druck aufbauen können. Deshalb verstehen wir diesen ersten Aktionstag als Anfang, auf dem wir aufbauen werden.

Denn egal welche Regierungskoalition nach der Bundestagswahl in Kürze zustande kommt, es wird danach darum gehen, wie die immensen Lasten im Zuge der Coronakrise innerhalb der Gesellschaft verteilt werden. Die GEW München stellte schon in ihrem Aufruf klar: »Nicht auf unserem Rücken!« Wir fordern die Einführung einer wirksamen Vermögenssteuer und eine gerechtere Besteuerung der Einkommen! Die Einnahmen aus einer einzuführenden Vermögenssteuer müssen unter anderem für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen im Sozial- und Bildungsbereich verwendet werden.

Ob und in welcher Form eine Vermögenssteuer kommt, hängt nicht nur davon ab, wo die Wähler*innen bei der Bundestagswahl ihr Kreuz machen, sondern vor allem auch davon, wieviel politischen Druck wir als abhängig Beschäftigte und in den Gewerkschaften organisierte Kolleg*innen auf der Straße und in den Betrieben entfalten.

von Katharina Servatius



Foto: Thomas Einberger, argum

Nein zum Polizeiaufgabengesetz 2.0

Mehr als 2.000 Menschen demonstrierten laut Veranstalter am 25. Juli in München gegen die Verschärfungen des Polizeiaufgabengesetzes (PAG). Mit dabei waren auch zahlreiche GEW-Mitglieder, einige reisten sogar aus Augsburg und Erlangen an. Zur Kundgebung unter dem Motto »Schlimmer geht immer – Nein zum PAG 2.0« hatte das Bündnis #noPAG aufgerufen, in dem neben Parteien wie SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die LINKE auch über 30 zivilgesellschaftliche Organisationen und die GEW Bayern vertreten sind.

Der Protest richtete sich vor allem gegen die sogenannte »Zuverlässigkeitsüberprüfung«, eine weitere Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes, das die bayerische Staatsregierung erst in den Jahren 2017 und 2018 trotz zahlreicher Großdemonstrationen verschärfte. Damals nahm die Staatsregierung u. a. die unbestimmte Kategorie der »drohenden Gefahr« in das PAG auf. Nach wie vor sind Verfassungsklagen dagegen anhängig. Im Mai dieses Jahres

brachten Expert*innen einer Kommission Verbesserungsvorschläge für das PAG ein, im Juni sorgte dann der Innenausschuss des Landtages mit der »Zuverlässigkeitsüberprüfung« für die neuerliche Verschärfung, gegen die sich die Proteste richteten. Sie bedroht die Bürger*innenrechte und öffnet unverhältnismäßigen Überwachungsmaßnahmen Tür und Tor. Theresa Hofmann aus dem Landesvorstand der GEW Bayern und dem bayerischen Landesauschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) erklärte in einer Pressemitteilung der GEW Bayern die Dimension, die mit der Verschärfung des Gesetzes auch auf die Gewerkschaften zukommen könnte: »Die Anlässe für die sogenannten Zuverlässigkeitsüberprüfungen sind erschreckend vage definiert – neben Konzerten und Fußballspielen sind Bildungsveranstaltungen, Demonstrationen und Streiks bedroht. Diese Kontrollen erlauben der Polizei, Personen vom öffentlichen Leben auszuschließen und sie von kritischer politischer Arbeit

Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte



abzuschrecken. Als GEW setzen wir uns für Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe ein. Die Verschärfung des PAG ist als schamloser Angriff auf diese Grundwerte zu verstehen.«

Vor den Münchner Protesten zog bereits am 11. Juli ein Demonstration mit 200 Teilnehmer*innen durch die Augsburger Innenstadt. Dort protestierte auch die GEW-Hochschulgruppe mit. In Bamberg und Erlangen kam es ebenfalls zu Protesten.

In der Woche nach der Münchner Kundgebung peitschten die CSU und die Freien Wähler in einem Schnellverfahren und ohne Expert*innenanhörung die verschärfte Version des PAG durch den bayerischen Landtag. SPD und Grüne kündigten eine Erweiterung ihrer Verfassungsklage gegen das PAG an.

von Dorothea Weniger

Feministische Zeitpolitik: Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten

Unter dem Titel »Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten – Zeit, die bezahlt und die unbezahlte Sorgearbeit in den Blick zu nehmen« führte der Landesfrauenausschuss der GEW Bayern am 26. Juli seine diesjährige Veranstaltung digital durch. Es referierte Frauke Gützkow, Vorstandsmitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes und zuständig für Frauen-, Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik.

Fast so lang wie ein Fußballspiel

Schon vor der Pandemie leisteten Frauen täglich 87 Minuten mehr (unbezahlte) Sorgearbeit als Männer. Corona verschärfte diese Ungleichverteilung noch: Kinderbetreuung, Distanzunterricht, Versorgen der Familie, die plötzlich den ganzen Tag zu Hause war – das alles leisteten meist Frauen neben ihrem Job. 75 Prozent von ihnen arbeiten in systemrelevanten Berufen. Sie halten also auch unter Pandemiebedingungen den Laden am Laufen.

Mental Load

Doch es ist nicht nur die physische Arbeit, die während der Pandemie für sie zunahm. Viele Frauen leiden unter Stress und psychischen Belastungen. »Mental Load« ist seit Corona ein Schlagwort: Es bezeichnet die Belastung, die durch Multitasking entsteht. Frauen sind seit Corona hier noch mehr gefährdet.

Aber die Pandemiebewältigung muss nicht den Rückfall in die Rollenmuster der 60er-Jahre bedeuten. Sie ist vielmehr eine Chance, die Ungleichverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit neu zu überdenken und neu zu diskutieren. An guten Ideen und machbaren Lösungen fehlt es nicht. Frauke Gützkow stellte in ihrem Vortrag die Eckpunkte einer feministischen Zeitpolitik vor.

Reduzierte Vollzeit

Eine reduzierte Vollzeit mit 32 Wochenstunden würde Frauen endlich von dem Standardmodell »Er arbeitet voll, sie arbeitet

halbtags« wegführen. Der Hebel wirke sogar in zwei Richtungen: Die Reduktion der Wochenarbeitszeit schafft die Voraussetzung, dass Männer einen größeren Teil der Sorgearbeit übernehmen können. Umgekehrt werden Frauen entlastet und können sich mehr der bezahlten Erwerbsarbeit widmen, berufliche Chancen wahrnehmen und sich selbst sozial besser absichern.

Ein anderer Ansatz, um Sorgearbeit bezüglich Erziehung paritätisch zu verteilen, ist die gleichmäßige Aufteilung der Elternzeit. Aktuell stehen durchschnittlich 14,5 Monate Elternzeit von Müttern nur 3,7 Vätermontaten gegenüber. Häufig nehmen Väter nur die zwei sogenannten Alibi-Monate, die andernfalls beim Elterngeldbezug verfallen würden. Eine 50:50-Aufteilung des Elterngeldbezugs ermöglicht dagegen eine paritätische Aufteilung der Sorgearbeit und würde die beruflichen Nachteile durch die Unterbrechung gerecht verteilen.

Letztlich müsste endlich das Ehegattensplitting abgeschafft werden, das Frauen systematisch in die Zuverdienerinnenrolle drängt, sie von beruflichen Chancen fernhält und ihnen wegen geringer Erwerbsbeteiligung auch noch den größten Teil der unbezahlten Sorgearbeit zuschreibt.

Neues Vorstandsteam gewählt

Nach Referat und Diskussion zur feministischen Zeitpolitik berieten wir u. a., wie das Thema im Landesverband weiter bearbeitet werden könnte.

In der abschließenden Wahl konnte unser Vorstandsteam wieder auf drei Frauen erweitert werden: Martina Borgendale, Sandra Schieler und Renate Oehler.

von Micaela Zirngibl und Renate Oehler

Frank Deppe: Es braucht mehr sozialistische Tendenzen



Deppe wurde als letzter lehrender Schüler Wolfgang Abendroths 2006 in Marburg emeritiert.

Unter der Überschrift »Große Transformation vs. Great Reset« richtete die AG Perspektiven das diesjährige Sommerseminar am 9./10. Juli 2021 in Nürnberg mit Unterstützung des Bezirks Unterfranken und im Gedenken an den kürzlich verstorbenen Initiator dieser Seminarreihe, Eberhard Rauch, aus.

Hauptreferent war der Marburger Politologe Prof. Dr. Frank Deppe. Deppe, ein Schüler Wolfgang Abendroths, verfasste 2011 das Buch »Gewerkschaften in der Großen Transformation«.

In seinem Referat aktualisierte er nun die darin enthaltenen Hauptthesen und fasste diese zu Fragen zusammen:

- Wie gehen die Gewerkschaften mit ihrer eigenen und mit der systemischen Krise des globalen Finanzmarktkapitalismus um?
- Wie bereiten sie sich strategisch darauf vor, als kollektive Interessenvertretung der Lohnarbeiter*innen auf den Übergang in ein Zeitalter der – vom globalen Finanzmarktkapitalismus beherrschten – Austerität zu reagieren?

Deppe ließ in seinen Vortrag auch Erfahrungen aus dem aktuellen multiplen Krisengeschehen einfließen. Seine Thesen, dass sich zum einen Gewerkschaften deutlicher in Richtung Sozialismus bewegen müssen und zum anderen global diese Bewegung, wenn auch schwach, so

doch wieder mehr zu erkennen sei, wurden ausgiebig diskutiert, vor allem die Letztere der beiden.

Dass die neoliberalen Netzwerke ihre Transformationsträume gar nicht verheimlichen, sondern gerne als zukunftsweisend öffentlich anpreisen, legte Kollege Reinhard Frankl in seinem Vortrag über das gehypte Buch vom »Great Reset« von Thierry Malleret und dem Gründer des Weltwirtschaftsforums (WEF) Klaus Schwab dar.

Dabei betonte er, dass die Transformationsträume Schwabs nicht neu sind, sich aber angesichts der Pandemie wohl nochmal besser verkaufen lassen.

Frankl kam zu folgendem Fazit und abschließender Frage:

- Diese Transformationsträume haben mit Transformationsforderungen à la Frank Deppe nichts zu tun. Im Gegenteil: Sie bieten eine Grundlage für die Analyse der »neoliberalen« Transformation und zielen auf ein attraktiveres Geschäftsmodell ab, das dem Kapitalismus in kommenden Katastrophen der ökologischen wie sozialen Art das Überleben sichern soll.
- Betreffen die Träume von der Machtausübung einer neoliberalen Elite über die Köpfe von Betroffenen hinweg nicht gerade die Gewerkschaften?

»Überlegungen zum Charakter der politischen Krise« legte Frank Deppe in einem zweiten Referat dar. Diese können auch in einem gleichnamigen Aufsatz nachgelesen werden.

An die daran anschließende Diskussion schloss sich auch noch ein intensives Gespräch mit der GEW-Landesvorsitzenden Martina Borgendale in kollegialer Atmosphäre an. Zur Freude der Teilnehmenden war auch sie unserer Einladung gefolgt.

Ein ausführlicherer Bericht sowie Downloads (Texte, Folien, Links etc.) findet ihr hier: gew-bayern.de/arbeitsgruppen/perspektiven

von Andi Hartmann

GEW Bayern warnt vor starken Einschnitten in der Bildungsqualität

Rund 50 Kolleg*innen versammelten sich unter Coronaaufgaben am 10. Juni 2021 um 15.30 Uhr am Nürnberger Kornmarkt, um ihren Unmut gegen die neuen Maßnahmen des Kultusministeriums angesichts des Lehrkräftemangels kundzutun. Unter dem Motto »Ausverkauf der Bildungsqualität« rief der Bezirksverband Mittelfranken zur Kundgebung auf.

Bereits im letzten Jahr hatte das »Piazolo-Paket« Tausende Lehrkräfte in Würzburg, München und Nürnberg auf die Straßen getrieben. Doch die Proteste wurden schon damals vom Kultusministerium nicht gehört. An der Personalnot änderten die Maßnahmen dann auch nur wenig. Ausfälle von Lehrkräften im vergangenen Schuljahr versuchte man mit Drittkräften zu kompensieren, die unter Berufsbezeichnungen wie »Teamlehrkraft« oder »Schulassistenten« Einzug in den Schulalltag hielten. Die Maßnahmen für das neue Schuljahr gehen jetzt noch einen Schritt weiter: Externes Personal soll die Lücken füllen. Betroffen sind der Ganztags, die Fächer Musik, Kunst und Sport in der Grundschule sowie die »Randbereiche der Stundentafel« der Mittelschule. Außerdem wurden die Zulassungsbeschränkungen für den Vorbereitungsdienst gelockert.

Als Gastredner*innen bei der Kundgebung im Juni solidarisierten sich die Vorsitzende der SPD Bayern Ronja Endres, Niklas Haupt von Die Linke und Stefan Doll für den DGB Mittelfranken mit uns. Ruth Brenner, Vorsitzende des Bezirks Mittelfranken, kritisierte deutlich: »Es ist ein bildungspolitisches Desaster. Seit Jahren wird von den verantwortlichen Bildungspolitik*innen der Lehrkräftemangel geleugnet und vertuscht. Sie kürzen hier und streichen da und lassen die Misere von Schüler*innen und Lehrkräften ausbaden. Wir brauchen an den Schulen gute Arbeitsbedingungen. Mit fachlich und pädagogisch ungeschulten externen Kräften kann man das nicht bewältigen.«

Als stellvertretender Vorsitzender der GEW Bayern warnte ich vor einem »Ausverkauf der Bildungsqualität«. Ich forderte das Kul-



tusministerium auf, Schwierigkeiten klar zu benennen und sich gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden auf den Weg zu machen, grundlegende Probleme auch grundlegend anzugehen. Denn: Unsere Kinder sollten es uns wert sein, dass sie die vielen Jahre ihrer Schulzeit unter besten Bedingungen verbringen. Was sie vorfinden, hat damit nichts zu tun.

von Florian Kohl

Gratulation und viel Erfolg in den Gremien



Ruth Brenner



Florian Kohl



Angelika Altenthan

Die Arbeit hat sich gelohnt, die Ergebnisse der Personalratswahlen können sich sehen lassen. Diese werden zwar bei Redaktionsschluss noch ausgewertet, doch möchten wir schon jetzt allen Kolleg*innen gratulieren, die für die GEW auf den jeweiligen Ebenen in die entsprechenden Personalräte eingezogen sind. Im Hauptpersonalrat (HPR) vertreten Ruth Brenner (Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen) und Florian Kohl (Lehrkräfte an Förderschulen und Schulen für Kranke), der die Nachfolge von Johannes Schiller angetreten hat, die Interessen der verbeamteten Lehrkräfte. Darüber hinaus vertritt Angelika Altenthan in der Gruppe der Lehrkräfte an Gym-

nasien die GEW im HPR. Zudem holte sie sich zusammen mit der GEW-Kollegin Petra Flache erstmals zwei Sitze im Bezirkspersonalrat beim Landesamt für Schule in Gunzenhausen. Viel Erfolg bei eurer Arbeit!

Bei den GEW-Kolleg*innen vor Ort bedanken wir uns für ihren ausdauernden Einsatz und bei Johannes Schiller für sein langjähriges Engagement für die Kolleg*innen und für die GEW im HPR!

von Dorothea Weniger



Leser*innenbriefe ... Leser*innenbriefe ... Leser*innenbriefe ...

zu »Freie Schule Albris: Abgekapselt und im Bann völkischer Sippen?«, DDS April 2021, S. 9

Seriöser Journalismus?

»Abgekapselt und im Bann völkischer Sippen?« Wer in der Überschrift zu einem Artikel über die Freie Schule Albris eine so rufschädigende Frage formuliert, der sollte gut recher-

chierte Antworten finden und sich in diesem Zusammenhang mit dem Thema Reformpädagogik gründlich beschäftigt haben. Beides kann ich dem Artikel nicht entnehmen. Offensichtlich findet der Autor, Sebastian Lipp, einige für reformpädagogische Privatschulen typische Gepflogenheiten bedenklich. So z. B. den weitgehenden Verzicht auf Schulbücher sowie die Einbindung der Schulgemeinschaft in gemeinsame Projekte über Spenden oder Arbeitseinsätze. Ebenso scheint Herr Lipp nicht zu wissen, dass Reformschulen nach eigenen Lehrplänen und pädagogischen Grundsätzen arbeiten. Anders kann ich mir nicht erklären, warum er betont, dass er einen anthroposophisch orientierten und seit rund 100 Jahren angewandten Lehrplan »nicht nachvollziehen« kann. Gerne besucht der Autor auch die Gerüchteküche, in der – das sei ihm

hiermit gesagt – in allen Schulen landauf, landab gekocht wird. Danach weiß er: »Immer wieder wird auch davon berichtet, dass unqualifizierte Lehrkräfte unterrichten.« Im letzten Absatz bringt Herr Lipp dann den wichtigsten Beleg für die eingangs gestellte Frage. Er schreibt, dass die Familie des führenden AfD-Politikers Felser ihre Kinder nach Albris schicke und dort »organisatorisch maßgeblich beteiligt« sei. Falls dies den Tatsachen entspricht, dann sollte sich die Schule auch in meinen Augen dringend damit beschäftigen. Aber gerät dadurch gleich eine ganze Einrichtung in den »Bann völkischer Sippen?« Hat Herr Lipp jemals untersucht, wo die Kinder der führenden AfD-Politiker beschult werden? Die Liste ist vermutlich variantenreich.

Zusammenfassend komme ich zu dem Ergebnis: Herr Lipp bewegt sich im Bereich wilder Spekulationen und konstruierter Zusammenhänge und damit auf genau dem Feld, das Rechte gerne besetzen und das er vorgibt zu bekämpfen.

von Silvie Schmitt
Immenstadt im Oberallgäu

zu »Verschwörungsideolog*innen erhöhen Druck auf Bildung«, DDS April 2021, S. 5

Auf den Seiten 5 f. der April-DDS stehen ausführliche Warnungen vor immer aktiver werdenden »Verschwörungsideolog*innen«, die den »Druck auf Bildung erhöhen«. Im Text dann die bekannten Vorwürfe gegen Kritiker*innen der Regierungsmaßnahmen, jedoch keine inhaltliche Klärung von Gegenpositionen, die nicht von zweifelhaften Selbstdarsteller*innen, sondern von renommierten Wissenschaftler*innen vertreten werden.

Können die Autor*innen keine medizinischen Bedenken gegen stundenlanges Tragen von MNB? Ein Interview mit schwedischen Gewerkschafter*innen wäre interessant, warum dort weder Lockdowns noch Schulschließungen noch Masken im Unterricht angeordnet wurden.

Ist es keine Erwähnung wert, dass selbst das RKI die Aussagekraft von Schnelltests in Zweifel zieht?

Warum werden Gegner*innen der Regierungsmaßnahmen als demokratiefeindliche Ideolog*innen hingestellt, wo gerade sie darauf aufmerksam machen, dass wesentliche Entscheidungen in nicht legitimierten Konferenzen getroffen und dann per Verordnungen durchgesetzt wurden?

Und wie sind Einschränkungen der Grundrechte zu verantworten, wenn als Grundlage dazu Inzidenzmeldungen herhalten müssen, die nahezu beliebig manipulierbar sind durch die Anzahl der durchgeführten PCR-Tests und durch unterschiedlich viele Verdoppelungszyklen (ct-Werte) in den Laboren?

Von einer Gewerkschaft – besonders wenn sie »Wissenschaft« im Namen führt – erwarte ich inhaltliche Auseinandersetzungen auf hohem Niveau statt einer Ausdifferenzierung des Regierungsnarrativs für den pädagogischen Bereich. Völlig unverständlich finde ich den Vorwurf der Autor*innen gegen Protestierende, »insgesamt Sand ins Getriebe zu streuen«! Dieser »Sand« sollte nicht einfach der Schmutzdecke zugewiesen, sondern etwas genauer auf seine Zusammensetzung geprüft werden, meine ich. Der könnte auch wertvolle Körnung enthalten, die für demokratische Neubauten taugt. Jedenfalls muss ein intensiver Diskurs zu ganz unterschiedlichen Thesen nicht nur möglich, sondern selbstverständlich sein.

von Ernst Wilhelm



Die GEW Bayern trauert um den langjährigen bayerischen DGB-Vorsitzenden Matthias Jena

12.2.1961 - 29.6.2021

Mit großer Bestürzung erfuhren wir nur sechs Wochen nach Matthias' krankheitsbedingtem Rücktritt vom Vorsitz des DGB Bayern von seinem Tod. Viel zu früh verstarb er am 29. Juni 2021 im Alter von 60 Jahren. Wir hatten ihm so sehr gewünscht, dass ihm noch mehr Zeit mit seiner Familie und engen Freund*innen bleibt. Leider war ihm dies nicht mehr vergönnt.

Matthias Jena war von 2010 bis zu seinem Rücktritt am 18. Mai 2021 Vorsitzender des DGB Bayern. Zwischen 1991 und

2006 war er bereits u. a. als Leiter der Vorstandsabteilung beim DGB Bayern tätig gewesen. Danach wechselte er zur IG Metall und war dort von 2006 bis 2010 Pressesprecher.

Außerdem war Matthias alternierender Vorsitzender des Verwaltungsrats der AOK Bayern, vertrat den DGB Bayern im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks und im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit. Der regelmäßige Austausch zwischen Kirchen und Gewerkschaften lag ihm als Mitglied der Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern sehr am Herzen. Sein Einsatz für die Bayerische Verfassung wurde im Februar 2019 mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber honoriert.

Vor seinem Studium der Politikwissenschaften, Psychologie und evangelischen Theologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München schloss er an der Fachhochschule München ein Studium der Sozialpädagogik ab. Deshalb war Matthias bis zu seinem beruflichen Wechsel zur IG Metall GEW-Mitglied.

Auch als Vorsitzender des DGB Bayern setzte er sich für gute Bildungspolitik ein und hatte für die Anliegen der GEW immer ein offenes Ohr. Wir erinnern an sein Engagement für »Eine Schule für Alle« oder die unter seinem Vorsitz geleitete Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen Mittelschule und Gymnasien (G8/G9). Matthias hatte sich außerdem auch für den Beitritt des DGB zum Forum Bildungspolitik starkgemacht. Im Bezirksvorstand des DGB Bayern galt sein Interesse nicht nur den Aktivitäten der großen, sondern auch denen der kleineren GEW-Gewerkschaften.

Matthias trat stets mutig für seine Überzeugungen ein, zum Beispiel beim erst abgesagten und dann doch durchgeführten Antifa-Kongress im Münchner Gewerkschaftshaus. Während des laufenden Kongresses standen Pegida München und AfD Oberbayern vor den Türen des Gewerkschaftshauses in der Schwanthalerstraße. Die Kundgebung der AfD wurde am Samstag in üblich rassistischer Manier abgehalten. Matthias, der am gleichen Tag vor dem Gewerkschaftshaus sprach, fand in seiner Rede deutliche Worte: »AfD demonstriert gemeinsam mit Pegida, ›dem Dritten Weg‹ und der NPD vor dem Münchner Gewerkschaftshaus – es ist zum Kotzen. ... Wisst ihr, wie oft das Wort ›Gewerkschaft‹ im Grundsatzprogramm der AfD vorkommt? Kein einziges Mal! Kein Wort davon, dass Arbeitgeber ihren Anteil zur Sozialversicherung leisten müssen. Kein Wort dazu, dass Rentenversicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung die Menschen vor existenziellen Risiken bewahren. ... Tarifverträge? Keine Erwähnung! Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs, Befristungen? Kein einziges Wort dazu!«

Mit Matthias verliert die Gewerkschaftsbewegung einen auch in der GEW sehr geschätzten Kollegen, einen überzeugten Gewerkschafter und entschlossenen Kämpfer für eine demokratische und sozial gerechtere Gesellschaft. Er wird uns allen fehlen.

von **Martina Borgendale** Vorsitzende der GEW Bayern und **Anton Salzbrunn** ehemaliger Vorsitzender der GEW Bayern

SIERRA LEONE © Peter Bräunig



SPENDEN SIE GEBORGENHEIT FÜR SCHUTZLOSE MENSCHEN

Mit Ihrer Spende schenkt **ÄRZTE OHNE GRENZEN** Schutz: Mit **51 Euro** können wir zum Beispiel 22 Kinder gegen Diphtherie, Keuchhusten und Wundstarrkrampf impfen.

Private Spender*innen ermöglichen unsere unabhängige Hilfe – jede Spende macht uns stark!



Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE 72 3702 0500 0009 7097 00
BIC: BFSWDE33XXX

www.aerzte-ohne-grenzen.de/spenden



MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Träger des Friedensnobelpreises



Wir trauern um Eberhard Rauch 5.5.1949 - 23.5.2021

Nachdem wenige Wochen zuvor seine Frau Brigitte für uns alle sehr überraschend gestorben war, traf uns nun die Nachricht, dass am 23. Mai unser Kollege Eberhard Rauch von uns gegangen ist. Beide waren gut 50 Jahre in der GEW. Eberhard war engagierter Hauptschullehrer, lange Jahre in Waldaschaff, später an der Mittelschule Hösbach. Von dort aus ging er in Pension.

In den 70er-Jahren baute er nahezu von Anfang an tatkräftig den Kreisverband Aschaffenburg mit auf. Anfang der 2000er übernahm er für einige Jahre den Vorsitz im Kreisvorstand.

Als Aktivist der Studierendenbewegung und Mitherausgeber des »Wörterbuchs Kritische Erziehung« brachte er immer die Notwendigkeit einer politisch-ökonomischen Gesellschaftsanalyse und einer entsprechenden politischen Bildung von Gewerkschaftskolleg*innen in die Diskussionen ein. Sei es am GEW-Stammtisch, in den Mitgliederversammlungen oder darüber hinaus als »Begründer« und Motor des Aschaffener GEW-Sommerseminars.

Eberhard organisierte dieses 1981 zum ersten Mal, initiierte die jährlichen Planungen und leitete die Seminare bis 2004. Schon ab Mitte der 90er-Jahre wurde es als das unterfränkische GEW-Sommerseminar im Landesverband bekannt und schließlich ab 2012 als das Sommerseminar der GEW Bayern in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit der GEW Bayern integriert. Sein »Vermächtnis« floss bis 2018 dort ein. Das Sommerseminar lebt immer noch. Es wird derzeit von der AG Perspektiven in der GEW Bayern organisiert, in der Eberhard von Anfang an so lange mitarbeitete, wie es seine gesundheitliche Situation erlaubte.

Die politischen Diskussionen, sei es um die politisch-ökonomischen Grundlagen, sei es um die tagespolitischen Themen, waren für Eberhard essenziell. In den späten 90er-Jahren war er Mitglied im Politischen Club Aschaffenburg. Als dieser dann 2002 in Attac Aschaffenburg aufging, war auch hier Eberhard Mitbegründer. Gerne besuchte er die Attac-Sommerakademien und pflegte dort Kontakte zu Referenten wie Frank Deppe, Joachim Bischoff oder Jörg Huffschmid.

Im Örtlichen Personalrat vertrat Eberhard etliche Jahrzehnte bis 2004 konsequent die Interessen der Beschäftigten im Schulamtsbereich Aschaffenburg (Land) – oft gegen die Mitglieder aus den administrationsorientierten Verbänden. Obwohl er in den letzten Jahren immer mehr an den Rollstuhl gebunden war, nahm er mit Unterstützung von Brigitte nach seinen Möglichkeiten am gewerkschaftlichen Leben im Kreis Aschaffenburg teil.

Mit Eberhard und Brigitte ging ein wichtiger Teil der lebendigen Geschichte unseres GEW-Kreisverbandes. An diesen harten Schicksalsschlägen, die die beiden Söhne in kurzer Folge trafen, nehmen wir tief Anteil. Wir sind erschüttert.

von Reinhard Frankl für den Vorstand der GEW Aschaffenburg-Miltenberg



»Lehrer, Grantler, liebender Vater« – Joachim Mößner zum Abschied 29.4.1955 - 18.5.2021

Als ich diese drei markanten Zuschreibungen in der Todesanzeige seiner Kinder las, dachte ich: Besser kann man Joachim nicht charakterisieren!

Mein Kollege starb am 18. Mai 2021, neunzehn Tage nach seinem 66. Geburtstag, plötzlich, wie man so sagt. Er war, wie ich, angestellte Lehrkraft an der kommunalen FOS in Nürnberg. Joachim hatte 1986 das Zweite Staatsexamen für Gymnasien abgelegt. Nicht nur das hatten wir gemeinsam. Es gab damals keine Stelle beim bayerischen Staat für uns – »Lehrerüberschuss«, hieß es lapidar. Dass wir beide schon seit unserer Studienzeit in der GEW waren, beeinflusste die Entscheidung natürlich nicht! Selbstverständlich auch nicht, dass Joachim in seiner Studienzeit an der FAU Erlangen-Nürnberg Studierendenvertreter für die Fachschaftsinitiative war, die zusammen mit anderen linken Gruppen im Konvent die Mehrheit hatte.

Nach dem Studium 1986 arbeitete Joachim an zahlreichen Bildungseinrichtungen als befristet angestellter Lehrer. Erst 2004 bekam er eine Festanstellung, verbeamtet wurde er nie. Es erübrigt sich, die finanziellen Konsequenzen darzustellen. Die Freude, am Ende eine feste Stelle zu haben, überwog! Doch welch eine Ironie des Schicksals, dass Joachim sein wohlverdientes, aber schmäleres Altersruhegeld nur dreimal in Empfang nehmen durfte.

Joachim war Wissensvermittler mit Herz und Seele. Er liebte Karikaturen. Meisterhaft durchforstete er die Tageszeitungen nach Brauchbarem, auch für unsere Fachgruppe. Im Unterricht setzte er auf Transparenz. Geschichte und Sozialkunde waren seine Lieblingsfächer. In der Literatur hingte er dem Naturalismus, dem Volksstück und Brecht an.

Joachim legte Wert darauf, sein Ding »durchzuziehen«. Seine etwas verborgene Hartnäckigkeit war für seine Personalrats-tätigkeit an der FOS B13 sicherlich hilfreich. Die Erfüllung der Dienstpflichten übertrieb er etwas. Oft sagte ich zu ihm: »Mach, dass du heimkommst! Du bist krank!«

Joachim hatte noch viel vor! Mit Hingabe hatte er seine Kinder erzogen und war stolz, dass beide studiert hatten und erfolgreich in ihrem Beruf sind. Als wir uns das letzte Mal trafen, erzählte er mir von seinen Enkeln, für die er ein Spielzimmer einrichten wollte. Es ging ihm, soviel wir wussten, gut in der letzten Zeit.

Wir werden Joachim, den Freund, Kollegen, aktiven Gewerkschafter und Personalrat, nicht vergessen!

von Doris Zeilinger

Foto: Robert Poorten



Die GEW Nürnberg lädt ein zu Vortrag und Diskussion

am 13. Oktober 2021

19.00 Uhr, DGB-Haus Nürnberg, Kornmarkt 5-7, 7. Stock

Soziologie der Zukunft der Arbeit

Referent: **Prof. Dr. Philipp Staab, Humboldt-Universität Berlin**

Prof. Staab befasst sich v. a. mit wirtschaftlicher Arbeits- und Gesellschaftspolitik im Kontext digitaler Machtverschiebungen (vgl. Diskussionspapier für die Stiftung Arbeit und Umwelt in der IG BCE), mit Ungleichheit im Dienstleistungssektor (vgl. WSI-Mitteilungen, 3/2020) und generell mit dem digitalen Kapitalismus. Dazu ist von ihm bei Suhrkamp auch das Buch »Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit« erschienen.

Anmeldung per E-Mail an: vorstand@gew-nuernberg.de

GEW und Medien

Pressemitteilungen der GEW Bayern seit Juni 2021

- Anhörung im Wissenschaftsausschuss: GEW Bayern kritisiert neues Hochschulgesetz scharf – PM 43 v. 11.6.2021
- Kundgebung in Nürnberg: GEW Bayern warnt vor starken Einschnitten in der Bildungsqualität – PM 44 v. 11.6.2021
- GEW Bayern fordert Professionalisierung der Testkonzepte – für sichere und langfristig offene Schulen – PM 45 v. 11.6.2021
- GEW Bayern fordert: Kein Nachsitzen in den Sommerferien. Wir brauchen pädagogische Konzepte – PM 46 v. 21.6.2021
- Jetzt geht es um Bildungsgerechtigkeit! – GEW begrüßt die Forderungen der Leopoldina und sieht sich bestätigt – PM 47 v. 23.6.2021
- GEW erreicht 3 Sitze im Hauptpersonalrat – mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten – PM 48 v. 6.7.2021
- GEW Bayern fordert PCR-Pool-Testungen an allen Schulen und begrüßt teilweise Umsetzung ihrer Forderung – PM 49 v. 7.7.2021
- Die GEW Bayern protestiert gegen die geplante erneute Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) – PM 50 v. 16.7.2021
- Umfrageergebnisse der GEW Bayern: Arbeitsbelastungen nehmen zu, Aktionen des Kultusministeriums sind meist keine Hilfe! – PM 51 v. 22.7.2021
- GEW Bayern warnt vor erneuten Schulschließungen im Herbst und weist auf den weiter verschärften Lehrkräftemangel hin – PM 52 v. 28.7.2021
- GEW Bayern fragt: Stehen Kitas im Herbst vor einem erneuten Chaos? Das Staatsministerium für Soziales muss jetzt einen Plan aufstellen! – PM 53 v. 3.8.2021

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

Einladung zu den nächsten GEW-Film-Previews in München



Sonntag, 26. September 2021

Da zum Redaktionsschluss Kino und Beginn der Vorstellung noch nicht bekannt waren, verweisen wir für diese Infos auf die Homepage der GEW Bayern: <https://www.gew-bayern.de/gewkino/>

DIE SCHULE DER MAGISCHEN TIERE

Erstmals kommt die mit allein in Deutschland über 7 Millionen verkauften Büchern und in 24 Sprachen übersetzte Kinder- und Jugendbuchreihe DIE SCHULE DER MAGISCHEN TIERE auf die große Leinwand. Das Kinoabenteuer rund um die wundervollen Geschichten von Autorin Margit Auer wird von Regisseur Gregor Schnitzler zum

Leben erweckt. In den Hauptrollen sind Emilia Maier, Leonard Conrads, Loris Sichrovsky, Nadja Uhl, Milan Peschel, Justus von Dohnányi, Heiko Pinkowski, Stephan Luca und Marleen Lohse zu sehen. Max von der Groeben, Katharina Thalbach und Sophie Rois leihen ihre Stimmen den magischen Tieren.

Weitere Informationen zur Preview und pädagogisches Begleitmaterial zum Film: www.gew-bayern.de/
Informationen zum Film: www.die-schule-der-magischen-tiere-film.de/



Sonntag, 10. Oktober 2021

Da zum Redaktionsschluss Kino und Beginn der Vorstellung noch nicht bekannt waren, verweisen wir für diese Infos auf die Homepage der GEW Bayern: <https://www.gew-bayern.de/gewkino/>

CONTRA

Ein temperamentvoller Zusammenprall der Kulturen und ein furioses Schauspielduell: CONTRA, die neue Gesellschaftskomödie von Sönke Wortmann. Basierend auf der französischen Vorlage »Le Brio« und mit Christoph Maria Herbst und Social-Media-Star Nilam Farooq in den Hauptrollen.

Weitere Informationen zur Preview und pädagogische Begleitmaterial zum Film: www.gew-bayern.de/
Informationen zum Film: www.constantin-film.de/kino/contra/
Schulklassenvorstellungen: www.constantin-film.de/schulvorstellung

Anzeige



Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Rassismus führt zum Verlust Ihres Mitgefühls.



PRO ASYL
www.proasyl.de DER EINZELFALL ZÄHLT.

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.

Altötting/Mühlendorf Treffen nach Vereinbarung. *

Kontakt: Jochen Peters, ☎ 08639 5330, jochenpeters8@aol.com oder Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg * Kontakt: Monika Hartl, ☎ 069 22220939 mail4moni@gmx.de

Augsburg Termine/Infos: gew-augsburg.de, Treffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Tobias Bevc, info@gew-augsburg.de

Bad Tölz/Wolfratshausen

Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfner-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Aktuelles: www.bamberg.gew-oberfranken.de
Kontakt: ☎ 0951 67888, ba@gew-oberfranken.de

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 18.30 Uhr, Gaststätte »Die Lausk«, Bayreuth, Hoffmann-Von-Fallersleben-Str. 24
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Da Mario, Sally-Ehrlich-Str.7, Coburg

Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 09566 808060, schmitt.behling@t-online.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Posthotel Traube Donauwörth

Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim

Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00-19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen.de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16

Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstenfeldbruck/Dachau * Kontakt: Margot Simoneit
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

Fürth Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth am Mittwoch von 14.15 - 16.15 Uhr
Kontakt: ☎ 0911 6589010, gew-mittelfranken@nefkom.net

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Schrobenhausen

offene Vorstandssitzung am 3. Donnerstag im Monat ab 17.30 Uhr im Café Maximilians, Schäffbräustr. 23, Ingolstadt
Kontakt: Gabi Gabler, g.gabler@gmx.net

Kempten/Oberallgäu Treffen jeden 1. des Monats (außer in den Ferien)
Kontakt: Tian Walter, gew.kemptenoberallgaeu@gmail.com

Landshut * Kontakt: Veronika Lackerbauer, veronika.lackerbauer@gew.bayern

Lindau * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183 • gew-gerold@web.de

Main-Spessart * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen *

Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen

Termine: gew-muenchen.de

Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

München Fachgruppe Gymnasien * Kontakt: Michael Hatala, ☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung

Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen * Kontakt: Michael Hemberger, hembergermichi@gmail.com

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Termine: www.gew-muenchen.de

Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de

Programm: www.gew-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute

monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *

Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München AK Union Busting *

Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)

* Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 0170 5430455

München GEW-Seniorinnen und Senioren

Jour-fixe-Termine nachfragen *

Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz

Treffen nachfragen*

Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg

Treffen: monatlich, * Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen Traube, Witzighausen

Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396, ulrich.embacher@gmail.com

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen *

Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen

Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de

Kontakt: Werner Reichel, ☎ 0911 301491, werner_reichel@web.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe, Monatliche Treffen.

Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken

Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.sopaed.net

Kontakt: K. Hübner, khoebner@arcor.de, B. Frey: benifrey@posteo.org

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen *

Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung

Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de

Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

Nürnberger Land

* Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate

Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat

20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern

Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Stefanos,

Bruderwörthstr. 15, Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien

von 16.00-17.00 Uhr im Büro Richard-Wagner-Str. 4/1, rückw.

Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Roth/Schwabach/Hilpoltstein *

Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Gaststätte Sperber

Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,

manfred.schwinger@asamnet.de

Weiden jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *

raul.vitzthum@gew.bayern, Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen *

Kontakt: Irmgard Schreiber-Buhl, ☎ 08861 9789

wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino

Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, *

19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg

Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de